

HAMBURG/DEN 3. FEBRUAR 1922

WIRTSCHAFTSDIENST

DEUTSCHER VOLKSWIRT

HERAUSGEGEBEN VOM HAMBURGISCHEN WELT-WIRTSCHAFTS-ARCHIV

JAHRESPREIS BEI DER POST UND IM BUCHHANDEL 100 MARK :: IN KOMMISSION BEI OTTO MEISSNERS VERLAG/HAMBURG :: SCHRIFTFLEITUNG: HAMBURG 36/ROTHENBAUMCHAUSSEE 5

FERNSPRECHER HANSA 2447-51 UND ELBE 5052

VII. JAHRGANG

NR. 5

Staats- und Wirtschaftskalender

23. Januar

Da eine interfraktionelle Besprechung über das Steuerkompromiß zwischen Zentrum und Mehrheitssozialdemokratie, Demokratischer Partei, Volkspartei und Bayrischer Volkspartei ohne Ergebnis bleibt, droht eine Regierungskrise.

Als Grundlage eines Kompromisses fordert die Sozialdemokratie: die Auferlegung einer Zwangsanleihe von 40 Milliarden *M* (einer Milliarde Goldmark), Einziehung des zweiten Drittels des Reichsnotopfers und Abänderungen anderer Steuergesetze und -entwürfe (so: Besitzsteuerveranlagung nach dem gemeinen Wert, Umsatzsteuerfreiheit der Genossenschaften).

Im Preußischen Landtag steht die schwierige wirtschaftliche und politische Lage des Saargebiets zur Verhandlung. Nach Abgabe einer Regierungserklärung protestieren Redner aller Parteien gegen das Vorgehen der französischen Verwaltung in der Saarregierung.

Die Verkehrslage in Dresden hat sich weiter gebessert, doch stockt der Güterverkehr noch vollkommen und Kohlenzufuhren fehlen. — Dollar: 204.25 *M*.

24. Januar

Die Verhandlungen über das Steuerkompromiß bringen auch heute noch kein Ergebnis.

Hoover bezeichnet in einem Bericht zwei Hauptprobleme als besonders dringlich für den Wiederaufbau der Weltwirtschaft: die Neuregelung der Reparationsleistungen innerhalb der tatsächlichen Leistungsfähigkeit Deutschlands — und die Verminderung der europäischen Rüstungslasten.

Auf die italienische Einladung nach Genua antwortet Tschitscherin in einer Note, daß die russische Delegation mit allen Vollmachten ausgestattet sein wird.

25. Januar

Eine interfraktionelle Sitzung der Regierungsparteien mit Volkspartei, Bayrischer Volkspartei und Demokraten bringt abends als Ergebnis ein Kompromiß über die Leistungen auf folgender Grundlage: 1. Es wird eine Zwangsanleihe in Höhe bis zu einer Milliarde Goldmark mit niedriger Verzinsung aufgelegt, 2. das Reichsnotopfer wird nicht weiter eingezogen, 3. die Entscheidung darüber, ob die Veranlagungen nach dem gemeinen oder dem Ertragswert vorzunehmen sind, bleibt dem Plenum des Reichstags überlassen.

Nach Mitteilungen aus den Vereinigten Staaten ist die Teilnahme der Regierung an der Konferenz zu Genua noch keineswegs bestimmt.

Die Reichsgewerkschaft der deutschen Eisenbahnbeamten hat am Vortag in einer Sitzung des erweiterten Vorstandes beschlossen, Reichsregierung und Reichstag ein auf fünf Tage befristetes Ultimatum zu stellen. Dies enthält die Forderung einer unverzüglichen Aufbesserung der Einkommen und die Ablehnung der Eisenbahnfinanz- und Arbeitszeitgesetze in der bisher vorliegenden Form. Bei Nichtannahme des Ultimatums soll der Streik erklärt werden. — Heute erklärt der Reichsverkehrsminister in einer Veröffentlichung, daß jede Dienstverweigerung von Beamten als Dienstvergehen zu bestrafen ist und daß gegen Streikende das Disziplinarverfahren bei vorläufiger Dienstenthebung sofort eröffnet werden soll.

Nach einer Warschauer Meldung soll die Übergabe Oberschlesiens an die zukünftigen Besitzer Mitte März erfolgen.

Der französische Minister für die befreiten Gebiete, Reibel, versichert, daß der Wiederaufbau Nordfrankreichs beschleunigt werden solle und könne. Er billigt Loucheurs Abkommen von Wiesbaden und empfiehlt die Annahme der Sachleistungen. — Dollar 203.— *M*.

26. Januar

In Paris beginnen die Verhandlungen über den englisch-französischen Schutzvertrag.

Der Eisenbahnerstreik in Sachsen ist beigelegt. Maßregelungen der Streikenden finden nicht statt.

Reichskanzler Dr. Wirth gibt im Reichstag die erwartete Regierungserklärung ab. Diese enthält einen kurzen Rückblick auf die Entwicklung des Reparationsproblems, die Zurückweisung der Angriffe Poincarés, sowie eine Erklärung über den Reichshaushalt und die neuen Steuergesetze (vgl. Steuerchronik). Die Gesamtheit der Steuervorlagen soll in einem Mantelgesetz zur Annahme kommen, das gleichzeitig die Bestimmungen über die Zwangsanleihe — welche voraussichtlich für drei Jahre unverzinslich gestaltet wird — enthält.

Für den Wiederaufbau Rußlands wiederholt der Kanzler seine Ansicht, daß hier keinerlei ausbeutende Kolonialpolitik getrieben werden dürfe.

Reuter meldet amtlich aus Washington, daß die amerikanische Regierung sich an der Konferenz von Genua nicht beteiligt und einen späteren Zeitpunkt für gemeinsame Verhandlungen vorschlägt. — Dagegen ist, nach einer Meldung gleicher Quelle, die Anwesenheit Lloyd Georges sichergestellt, eine Verschiebung der Konferenz also auch nicht zu erwarten. Rußland wird dort durch Krassin, Litwinow und Joffe vertreten sein. — Dollar: 199.75 *M*.

27. Januar

Der frühere Schatzsekretär Mc Kenna weist in einer Londoner Rede auf die Zwangsläufigkeit hin, mit der die Reparationsforderungen die Entwertung der Mark und die Forcierung des deutschen Außenhandels, bis zu einer für England gefährlichen Konkurrenz, bedingen. Er fordert die Regelung der deutschen Leistungen nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten und befürwortet Zahlungen in Form von Waren und Sachleistungen.

Auf der vom Reichsausschuß der deutschen Landwirtschaft nach Dresden einberufenen Tagung sprechen die führenden Männer der Landwirtschaft über Notwendigkeit und Methoden der Ertragssteigerung.

Die vorläufigen Verhandlungen über das deutsch-polnische Wirtschaftsabkommen (bezüglich der Abtretung von Teilen Oberschlesiens) sind, bis auf die Arbeiten einiger Unterkommissionen, zunächst beendet. Weitere Verhandlungen finden demnächst in Genf statt.

Von den bisherigen Ergebnissen der Verhandlungen, die auf beiden Seiten mit großem Entgegenkommen geführt sind, ist besonders die Entscheidung erwähnenswert, daß im abgetretenen Gebiet die Reichsmark für 15 Jahre alleiniges gesetzliches Zahlungsmittel bleibt, wobei jedoch die Möglichkeit der Kündigung der deutschen Währung mit einjähriger Frist an Polen zugestanden wurde.

Die Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamter übersendet der Reichsregierung das am 24. 1. beschlossene Ultimatum. Darin wird, mit fünftägiger Frist, eine Erklärung gefordert, daß die Bezüge automatisch der Geldentwertung anzupassen seien. Gleichzeitig wird die Aufhebung aller Erlasse gefordert, durch die der Achtstundentag eingeschränkt ist. Im Fall der Ablehnung soll sofort zum Streik geschritten werden. — Dollar: 201.50 M.

28. Januar

Der in Cannes geforderte deutsche Garantie- und Zahlungsplan wird der Reparationskommission überreicht. Er umfaßt einen Reformplan für Haushalt und Notenumlauf und ein Programm für die Leistungen 1922. Das letztere enthält das Ersuchen, daß die Barleistungen tunlichst reduziert und die Ge-

samtleistungen gleichmäßig auf alle Monate verteilt werden möchten.

Dem Reichstag ist das Etatgesetz für 1922 zugegangen.

In Genua wird Frankreich voraussichtlich durch Poincaré vertreten sein. — Dollar: 200.25 M.

29. Januar

In einem Aufruf an die Eisenbahner warnt der Präsident der Eisenbahndirektion Berlin unter Hinweis auf den ministeriellen Erlaß vom 25. 1. vor den Folgen einer Arbeitsniederlegung.

Die deutsche Note ist heute in Paris eingetroffen. Sie wird von der Reparationskommission an die alliierten Regierungen weitergeleitet.

30. Januar

Die Reichsgewerkschaft der deutschen Eisenbahnbeamten wird am 31. 1. endgültig über die Frage des Streiks entscheiden. Der deutsche Eisenbahnverband wird, nach einer Vorstandserklärung, nicht selbst zum Streik auffordern, hat aber seinen Mitgliedern die Ausführung von Streikarbeit untersagt. In einer Vorstandssitzung des deutschen Beamtenbundes ergibt sich kein Widerspruch gegen das Vorgehen der Reichsgewerkschaft, vielmehr mißt man dort der Regierung die Schuld an der Zuspitzung der Lage zu.

Auch das Reichskabinett warnt heute vor dem Streik. Die Regierung ist entschlossen, mit aller Energie gegen die Lahmlegung des Verkehrs vorzugehen. Da zum mindesten Teilsfreiks zu erwarten sind, haben Reichsverkehrsministerium und Ministerium des Innern gemeinsam Vorbereitungen getroffen, um den lebensnotwendigen Verkehr aufrecht zu erhalten.

Vor dem Hauptausschuß des Reichstags gibt Ministerialdirektor v. Schlieben vom Reichsfinanzministerium einen Überblick über die Vorgeschichte der Streikbewegung und stellt eine Neuregelung der Teuerungszuschläge auf der Grundlage in Aussicht, daß das Reichsfinanzministerium die gesetzliche Ermächtigung erhält, im Einvernehmen mit dem Reichsrat Wirtschaftsbeihilfen für Beamte an besonders teuren Dienstorten festzusetzen.

Im Reichstag beginnt die erste Lesung des Haushaltsplanes mit einem Bericht des Reichsfinanzministers Hermes.

E. T.

Bilanzen-Wirrwarr

Werkerhaltung, Wertberichtigung, Scheingewinne

Die Bilanzen für 1921 werden in noch weit höherem Maße, als die des vorhergehenden Jahres, beherrscht sein von dem Problem, in welchem Maße der Geldentwertung oder anders ausgedrückt, der Erhöhung der Ersatzbeschaffungskosten für Anlagen und Vorräte bei ihrer Aufstellung Rechnung getragen worden ist. Der Ausgangspunkt aller Erörterungen über die Frage nach welchen Grundsätzen den Wertschwankungen in der Bilanzierung Rechnung zu tragen ist, waren steuerliche Erwägungen. Heute aber darf man wohl sagen, daß die Erkenntnis allgemein geworden ist, daß der Kaufmann und der Industrielle, daß insbesondere die Gewinne verteilende Aktiengesellschaft von allen Steuererwägungen unabhängig dem Verderben entgegensteilen muß, wenn den Wertverschiebungen nicht bilanzmäßig Rechnung getragen wird. Denn es erscheinen dann als Saldo der Bilanz Gewinnsummen, die in Wirklichkeit Umwertungen von Goldwerten in Papiermark entspringen, also nur Scheingewinne darstellen. So sehr grundsätzlich Einigkeit besteht über die Notwendigkeit der Ausmerzung dieser

Scheingewinne, so bunt sieht die Praxis der Bilanzierung in dieser Hinsicht aus.

In den veröffentlichten Bilanzen der Aktiengesellschaften, von denen wir bei unserer Betrachtung ausgehen müssen, finden wir immer häufiger, aber noch keineswegs durchgehend, die Bildung eines Passivpostens zur Korrektur der Geldwertveränderung. Er trägt meist die Bezeichnung Werkerhaltungskonto, manchmal die Bezeichnung Wertberichtigungskonto und manchmal noch andere Namen. Aus der Bezeichnung kann man aber auf die Grundsätze, nach denen die Höhe dieses Passivpostens bemessen worden ist, keine Rückschlüsse ziehen, weil ihre Wahl ganz willkürlich ist. Ja, man wird kaum übertreiben, wenn man die Vermutung ausspricht, daß in den meisten Fällen die Grundsätze nicht nur nach außen nicht erkenntlich sind, sondern daß sie überhaupt fehlen und daß die Dotierung des Werkerhaltungskontos sehr oft abhängig gemacht wird von der Höhe der verfügbaren Gewinne, während bei einem systematischen Vor-

gehen sich die Gewinne erst nach der notwendigen Dotierung dieser Korrekturposten ergeben müßten. Die Willkür, welche die Höhe des Werkerhaltungskontos abhängig macht von dem, was man bei Ausschüttung einer „angemessenen“ Dividende übrig hat, ist ohne Zweifel ein Übelstand, der oft zu der Wirklichkeit ganz „unangemessenen“ Dividenden führt. Diese Willkür wird begünstigt durch die Tatsache, daß unter Theoretikern und Praktikern über die beste Methode den Wertschwankungen Rechnung zu tragen keine Einigkeit herrscht.

In der Hauptsache stehen sich meines Erachtens zwei Grundanschauungen gegenüber, die man durch die Kennworte Werkerhaltung und Wertberichtigung bezeichnen kann. Die Werkerhaltungsmethode will individuell bei jeder Unternehmung die Höhe der zu machenden Rücklagen bemessen nach den **Ersatzbeschaffungskosten**, mit denen die Unternehmung rechnen muß bei der Erneuerung ihrer **Anlagewerte**. Genau so wie die Anlagewerte können bei dieser Methode die Warenbestände behandelt werden, soweit sie den sogenannten „eisernen Bestand“ des Betriebes bilden. In der Praxis tritt diese gleiche Berücksichtigung der Ersatzbeschaffungskosten für Anlagen und Warenbestand meist deshalb nicht in Erscheinung, weil nur für die Anlagewerte ein sichtbares Werkerhaltungskonto auf der Passivseite gebildet wird, während beim Warenbestand durch Minderbewertung des Aktivpostens der Differenz zwischen Einstandswert und Ersatzbeschaffungswert mehr oder minder ausreichend Rechnung getragen wird. Wenn man prinzipiell dafür ist, bei der Bildung der Rücklagen von den für das einzelne Unternehmen in Frage kommenden Ersatzbeschaffungskosten auszugehen, so ist damit allerdings noch nicht gesagt, daß diese Rückstellungen so hoch bemessen sein müssen, daß im Augenblick der Ersatzanschaffung bereits die ganze Werterhöhung der neuen Anlage gegenüber der alten vorweg amortisiert ist. Vielmehr kann man, wie es der Verfasser früher getan hat, aus volkswirtschaftlichen Erwägungen, um nicht kalkulatorisch alle Zukunftslasten den Verbrauchern der Gegenwart aufzubürden, befürworten, daß eine Verteilung der Mehrkosten der Ersatzbeschaffung auf die Bestandsperiode der gegenwärtigen und auf die Bestandsperiode der neuen Anlagen vorgenommen wird. Sind bei einem Unternehmen die Gewinne hoch genug, um die Gesamtlast in der Gegenwart zu tragen, so ist eine entsprechende Bemessung der Werkerhaltungsrücklagen privatwirtschaftlich natürlich als besonders solide sehr zu empfehlen. (Steuerlich wäre eine volle Freistellung solcher Rücklagen m. E. eine ungerechtfertigte Bevorzugung gerade der am günstigsten gestellten Unternehmungen, doch soll die steuerliche Frage im einzelnen hier unerörtert bleiben.)

Dieser von den individuellen Ersatzbeschaffungskosten ausgehenden Methode der Bildung von Werkerhaltungskonten steht nun grundsätzlich die Methode gegenüber, die nach einem allgemein gültigen Maßstab für die Geldentwertung eine Wertberichtigung auf allen Konten der Bilanz, also neben Anlagen und Waren auch für die Forderungen und Verpflichtungen eine Wertberichtigung in jedem Jahre vornehmen will. Dieses System wird von Professor Schmalenbach mit der Maßgabe vertreten, daß als Maßstab eine Indexziffer der Großhandelspreise angewendet werden soll, während Professor Mahlberg das Goldagio zum Maßstab

der Wertberichtigung vorschlägt. Unterschiedlich sind diese Vorschläge auch in bezug auf die Frage, ob die Korrektur des Geldwertes nach dem Anfangsbestand oder dem Endbestand der einzelnen Konten vorgenommen werden soll. Der große Reiz der von Schmalenbach und Mahlberg vorgeschlagenen Methoden liegt darin, daß sie viel leichter gleichmäßig vorgeschrieben und kontrolliert werden könnten, als die individuellere Rücklagenbildung nach den Ersatzbeschaffungskosten. Bedenklich scheint mir die Anwendung des Generalmaßstabes, sei er eine Indexziffer oder ein Goldagio, weil durch ihn die große Verschiedenheit der Preisbewegungen in der Wirklichkeit, die die einzelnen Unternehmungen ganz verschieden berührt, unberücksichtigt bleibt. Durch dieses Einheitsmaß wird bei der einen Unternehmung die Wertkorrektur unzureichend sein, während bei der anderen stille Reserven gebildet werden. Bedenklich erscheint mir auch die Anwendung der Wertkorrektur auf die Forderungs- und Schuldposten. Sehr oft werden sich allerdings hier die Buchungen auf der Aktiv- und Passivseite ungefähr ausgleichen, aber es scheinen mir praktische Fälle möglich, in denen diese Wertberichtigung zu Ergebnissen führt, die der Wirklichkeit nicht entsprechen. Endlich sei auch hier nebenbei bemerkt, daß die allgemeine, etwa gesetzlich vorgeschriebene Anwendung eines dieser Wertberichtigungssysteme gleichzeitig eine gründliche Änderung unserer Steuergesetzgebung bedingen würde, wenn nicht das Ergebnis größte Steuererleichterungen gerade für die Steuerzahler sein sollte, die von dem Prozeß der Geldentwertung relativ am wenigsten schwer in ihren Existenzmöglichkeiten getroffen werden.

Indessen ist es nicht der Zweck dieses Aufsatzes, die Vorzüge und Nachteile der verschiedenen Methoden gegeneinander abzuwägen. Vorläufig ist noch keine von ihnen gesetzlich vorgeschrieben und die Diskussion der Frage, ob und welche Methode zum Gesetz erhoben werden könnte und sollte, ist noch ganz im Fluß, und bis sie zum Ergebnis geführt hat, wird uns hoffentlich das Problem der Geldwertveränderung schon in der entgegengesetzten Richtung beschäftigen. Die wichtigsten Methoden der Theorie und Praxis, neben denen das unmethodische „gefühlsmäßige“ Verfahren sicherlich praktisch die Hauptrolle spielt, sind hier in der Hauptsache entwickelt worden, um für die Gegenwart eine Forderung zu begründen: nämlich, daß jeder Geschäftsbericht eine Erläuterung darüber enthalten sollte, wie in der vorgelegten Bilanz der Wertschwankung Rechnung getragen worden ist. Die Ziffer eines Werkerhaltungs- oder Wertberichtigungskontos allein sagt herzlich wenig, wenn ihre Entstehung nicht erläutert wird. Der Zwang zur Kommentierung würde auch die Erziehung zum System — gleichviel zu welchem — fördern. Ausüben könnten diesen Zwang bis zu einem gewissen Grade die Zulassungsstellen der Börsen. Es müßten auf ihn aber auch die Banken drängen, nicht nur bei den publizierten Bilanzen der Aktiengesellschaften, sondern auch bei den ihnen intern eingereichten Bilanzen. Denn solange man nicht weiß, nach welchen Richtlinien und in welchem Umfange in den Bilanzen der Gegenwart den Geldwertsschwankungen Rechnung getragen worden ist, solange sind diese Bilanzen ein Wirrwarr von Zahlen, aus dem kein Außenstehender ein Bild gewinnen kann von den echten Gewinnen und von der wirklichen Vermögenslage der Unternehmungen.

Fritz Naphtali-Frankfurt a/M.

Das Hilfswerk der deutschen Landwirtschaft

Seit Mitte Dezember etwa mehren sich die Nachrichten über das „Hilfswerk der deutschen Landwirtschaft“, und jetzt vergeht kaum ein Tag, ohne daß die landwirtschaftliche Presse Notizen oder Aufsätze über dies Thema bringt, oder daß auf landwirtschaftlichen Tagungen darüber beraten und dafür propagiert wird.

Allmählich ist es nun auf Grund dieser Äußerungen möglich geworden, sich ein Bild von den Plänen, ihrer Ausdehnung und den vorgesehenen Verfahren zu machen. Der Zweck des Vorgehens ist die möglichste Steigerung der Inlandsproduktion an landwirtschaftlichen Erzeugnissen, sowohl durch Erweiterung der Kulturläche (Kultivierung), als auch besonders durch Ertragssteigerungen auf bisherigem Kulturland (Intensivierung). Durch die Vermehrung der Erträge soll die Abhängigkeit von Auslandszufuhren vermindert, die Aktivierung der Handelsbilanz gefördert werden, mit dem unmittelbaren Ziel der Einsparung von Devisen, die jetzt in beträchtlichen Mengen für Auslandslebensmittel begeben werden müssen. Die Mittel zu diesem Zweck sind in erster Linie Kreditbeschaffung für die Einzelbetriebe, dann Sicherstellung der Kunstdüngerlieferung, lebhafteste Propaganda in der Landwirtschaft für die Intensivierung Hand in Hand mit Belehrung der Wirtschaftenden durch Wort, Schrift und besonders das Beispiel von Musterbetrieben. Das Aufbringen der erforderlichen Kapitalien soll innerhalb der Landwirtschaft selbst geschehen, durch Aufnahme von Krediten, für welche der Landbesitz bei solidarischer Haftung in zu schaffenden Selbstverwaltungskörpern die Unterlage abgibt. Diese Selbstverwaltungskörper wären, nach dem für Pommern bereits vorliegenden Plan, in der Form einer öffentlich-rechtlichen Genossenschaft zu organisieren, mit örtlicher Ausdehnung etwa auf das Gebiet einer preußischen Provinz. Der geplante Aufbau bedingt, daß die bestehenden Organisationen, in erster Linie also die Landwirtschaftskammern, mit weitgehenden Vollmachten im Sinne einer autonomen Verwaltung ausgerüstet werden. Das letztere führt hinüber zu den Forderungen, von welchen man schon jetzt das Gelingen der Hilfsaktion abhängig macht — während man in den ersten Stadien noch lebhaft betonte, daß mit dem Hilfscharakter des Werkes die Verknüpfung von Forderungen unvereinbar sei und daß lediglich gewisse Vorbedingungen gegeben sein müßten. Als solche waren genannt: Sicherung der Eigentumsordnung und der Besitzverhältnisse, Wirtschaftsfrieden, Vermeidung aller staatlichen Eingriffe, — dann aber auch völlige Freigabe der Lebensmittelwirtschaft, Rücksichtnahme in der Steuergesetzgebung, um Bildung und Erhaltung der erforderlichen großen Betriebskapitalien zu ermöglichen — und endlich Schutz vor den Risiken, welche größere Intensität, größere Kapitalinvestitionen mit sich bringen. Man sieht also, daß zwischen Vorbedingungen zu Forderungen eine scharfe Grenze auch in diesem Fall nicht zu ziehen ist.

Worin liegt aber nun der Charakter eines Hilfswerkes, eines Opfers oder auch nur einer freiwilligen, gleichsam aus sittlichen Impulsen entspringenden Tat, auf den hinzuweisen die beteiligten Kreise nicht müde werden? Handelt es sich nicht vielmehr um eine Hilfsaktion für die Landwirtschaft? Dem Laien mag hier die Entscheidung schwer fallen. Nun hat aber der bekannte Landbundführer Dr. Roesicke diese Einwände bereits in einem Artikel (vgl. die Zeitschrift „Der deutsche Führer“, Heft 2, und „Deutsche Tageszeitung“ Nr. 18 vom 11. 1.) vorweggenommen. Er legt dar, daß der Landwirt heute bei extensiver Wirtschaft eine weit größere Rentabilität als bei intensiver Betriebsführung erreicht, daß also die Landwirt-

schaft ihrem Vorteil, im Interesse des Ganzen, bewußt zuwider handeln will.

Hier sei ein Wort der Kritik erlaubt. Entweder handelt es sich bei diesen Plänen um ein „Hilfswerk“ im eigentlichen Sinne, um ein Vorgehen, das gleichsam charitativen Charakter trägt. Wenn das so ist, dann dürfen wir freilich nur auf geringe Erfolge hoffen. Eine Art der Wirtschaftsführung, die fortdauernd freiwillige Opfer bringt, ist von einer Vielheit von Produzierenden schlechterdings nicht zu verlangen, — sie stellt, für die Dauer gesehen, eine wirtschaftliche Unmöglichkeit dar; allenfalls ist sie kurze Wochen, unter der Herrschaft einer mächtigen und mitreißenden Idee, möglich. — Es soll hier nicht unerwähnt bleiben, daß, gerade noch im letzten Erntejahr, der landwirtschaftliche Besitz große Opfer gebracht hat durch Abgabe von Nahrungsmitteln an die ärmere Bevölkerung zu Preisen, die weit unter den Marktpreisen standen. Dieses Vorgehen aber, so dankenswert es auch ist, bedeutet doch für die Zwecke des „Hilfswerkes“ nur recht wenig.

Oder aber: Die angeführten Pläne stellen nur einen weiteren Ausbau der landwirtschaftlichen Organisation dar, im Großen wie im Einzelbetrieb, eine Vervollkommnung der Landbautechnik, einige Fortschritte in der Wirtschaftlichkeit der Methoden, — die Opfer, die dabei gebracht werden, sind solche der Bequemlichkeit, sind die Aufgabe alteingewurzelter Gewohnheiten — und die Übernahme größerer Risiken. Dann handelt es sich hier um eine rein wirtschaftliche Angelegenheit, die freilich, gerade in unseren Verhältnissen, außerordentlich wichtig ist und für deren Durchführung man den führenden Männern der Organisationen und der Praxis ebenso dankbar sein muß und sein wird, wie den Führern von Industrie und Handel, die ja in ihrer Tätigkeit ebenso von einem ökonomischen Pflichtgefühl und keineswegs allein von Gewinninteressen geleitet zu sein pflegen.

Man täusche sich aber auch hier nicht: die Erfolge aus einer ziemlich unverfälschten Weiterentwicklung ökonomischer Verfahren und Zweckmäßigkeiten werden und können nur verhältnismäßig begrenzt sein. Noch beachtet man viel zu wenig, wenn es sich um Produktionssteigerungen im Landbau handelt, daß hier ein wirtschaftliches und privatwirtschaftliches, kein (landbau-) technisches Problem zum Entscheid steht. Es ist gewiß — technisch! — möglich, sofern nur einige Voraussetzungen bezüglich Vorhandensein von Materialien (Kunstdünger) und Spann- und Handarbeitskräften gegeben sind, bei sorgfältiger Betriebsleitung unter Ausnutzung aller Momente und Errungenschaften auch von deutschem Ackerboden Rekorderträge zu gewinnen. Ja, es ist, solange man in der Sphäre der Technik bleibt, noch viel mehr möglich: die Verwandlung der ödesten Heide in einen Garten Eden, wenn schon unter Glasdächern, ist heute durchaus im Bereich des Möglichen. Aber das Bild ändert sich sofort, wenn man vom Standpunkt der Betriebsführung Kosten und Erträge gegeneinander abwägt. Dann ist nur eines entscheidend: die Preisrelationen zwischen den einzelnen Unkostenfaktoren und den Einheiten der Erzeugnisse, am Ort der Wirtschaft. Natürliche und wirtschaftliche, örtlich bedingte Gegebenheiten des Betriebes, die Bestimmung des Wirtschaftszweckes — ob relativ oder ob absolut hohe Reinerträge gefordert sind — und endlich die Kenntnisse und Fähigkeiten des Betriebsleiters bestimmen danach den jeweils zulässigen Intensitätsgrad. An den Preisrelationen aber ist nur wenig zu ändern, wenn auch die Rationalisierung der Wirtschaftsbeziehungen manche Ersparnis bringen kann und wird. Und auf der anderen Seite bedeutet die Ausbildung und Belehrung der Betriebsleiter nicht allzuviel, da sie sich in der

Regel doch auf die Übermittlung von Handwerksmäßigem, von Rezepten, beschränkt. So aber bedingt höhere Intensität — die wahrlich in rechter Anwendung auch das Gegenteil bedeuten kann! — ganz roh und simpel: höhere Kosten und höheres Risiko.

Ganz analog liegen die Verhältnisse bei der Kultivierung von Ödländereien. Die technische Möglichkeit steht außer Frage: schwierig ist nur, wie ein den hohen Kapitalinvestitionen entsprechender Ertrag geschafft werden soll. Überaus charakteristisch und leicht erklärlich ist die Einseitigkeit, daß unter der Produktionssteigerung nur oder fast nur die Steigerung der Brotgetreide-, dazu der Kartoffelerzeugung verstanden wird. Hier steht noch die alte Ideologie der Zollkämpfe im Hintergrund, wo der vorwiegend kornbauende Osten die „Ernährung auf der eigenen Scholle“, besonders im Hinblick auf die Abschneidung der Lebensmittelfuhrn im Kriege, als Ziel verfocht. Noch ist die Erkenntnis nicht allgemein geworden, daß die Beschaffung aller erforderlichen Rohstoffe auf deutschem Boden allein ein Ding der Unmöglichkeit darstellt, und daß es sich für die Landwirtschaft weniger darum handeln kann, die großen Mengen des Inlandsbedarfs selbst restlos hervorzubringen, als vielmehr, unter Benützung ausländischer Rohstoffe, an verfeinerten Produkten die großen Werte herzustellen, die sonst vom Ausland gegen entsprechende Bezahlung hereingenommen werden. Weniger als je kann heute die Autarkie unser Wirtschaftsziel sein.

In gewissem Zusammenhang mit dieser einseitigen Einstellung auf die Brotgetreideproduktion steht vielleicht auch die Bevorzugung des Kunstdüngerproblems, das fast als Angelpunkt des Hilfswerkes gelten kann. Man ist versucht, einer Auffassung, die in der ausreichenden Versorgung mit Kunstdünger und dessen Anwendung „nach Rezept“ die Ertragssteigerung gleichsam in arithmetischem Verhältnis gewährleistet sieht, entgegenzuhalten, daß sie doch etwas das Problem einfacher scheinen läßt, als es in Wirklichkeit ist: nur aus der gegenseitigen Ausnutzung aller Gegebenheiten des einzelnen Betriebes ist der Erfolg zu erringen.

Bleibt nach dem Gesagten der Erfolg des „Hilfswerkes“ in der Hauptsache der Zukunft überlassen, ohne daß eine sofort entscheidend wirksame Verbesserung unserer wirtschaftlichen Situation damit erreichbar wäre, so ist ein Erfolg tatsächlich später zu erwarten, wenn die neu geschaffenen und

zu schaffenden Institutionen sich eingespielt haben und die fortgesetzte Belehrung und Propagierung wirksam wird. Es gibt zu denken, daß gerade jetzt die Bewegung einsetzt, nach Jahren, wo die Ernährungslage und überhaupt die ganze wirtschaftliche und politische Situation weit verzweifelter war, ohne daß sich ähnlich kräftige Impulse gezeigt hätten. Hinter der Ideologie des „Hilfswerkes“ stehen sicherlich stärkere Kräfte, die dem Gedanken die jetzt überraschend starke Resonanz verleihen. Es wäre allzu billig und bequem, diese Ursachen nur als unmittelbare Auswirkungen eines wieder schärfer werdenden wirtschaftlichen Druckes auf die Landwirtschaft anzusehen — durch Abgleichung des Preisniveaus, Fühlbarwerden der Steuerlasten und starker Belebung des Warenkonsums der Landbevölkerung — um nur einige dieser Ursachen zu nennen. Hier sei nur noch erwähnt, daß die Verfügungsfreiheit über die Erzeugnisse, die beginnende Stabilität der Preise, die wieder Kalkulationen gestattet, und das Gefühl einer gewissen Sicherheit und Stetigkeit wesentliche Faktoren bedeuten — vielleicht aber noch nicht die wesentlichsten. Denn letzten Endes erhalten die angeführten Dinge ihre Kraft und Bedeutung erst durch einen allgemein vorhandenen tatkräftigen Willen zum Handeln, zur Arbeit.

Die Verknüpfung dieses Strebens mit dem andersdeutigen Namen des Hilfswerkes und mit einer Reihe von wirtschafts- und steuerpolitischen Forderungen bedeutet eine gewisse Gefahr: daß nämlich die landwirtschaftliche Bevölkerung, die sich „durch die Regierung“ unbillig behandelt glaubt und unter den derzeitigen Verhältnissen glauben muß, die Freude an der Arbeit verliert, wenn das Hilfswerk auf Zweifel, die Forderungen auf Ablehnung stoßen sollten.

Erwin Topf

Nachschrift: Nach den letzten Nachrichten hat sich bereits eine große Kreditgemeinschaft gebildet, die in erheblichem Umfang die Mittel für die landwirtschaftlichen Bedürfnisse beschaffen kann. Einzelheiten darüber stehen noch nicht zur Verfügung. Weiterhin wird bekannt, daß der Reichsverband der deutschen Industrie und der Reichsverband des Handwerks sich zu weitgehender Unterstützung bereit erklärt haben und daß die christlichen Gewerkschaften wie auch bis zum gewissen Grade die große sozialistische Landarbeitergewerkschaft (Deutscher Landarbeiterverband) dem Hilfswerk ihre Sympathie und Unterstützung zugesagt haben.

Deutsche Steuer-Rundschau

Ereignisse der Woche

Die Bedingungen, an die die Reparationskommission die Gewährung einer vorläufigen Verzugsfrist geknüpft hatte, machten eine rasche Einigung der Parteien über das Sanierungs- und Zahlungsprogramm notwendig. Die Einigung ist erfolgt und in der Antwort der deutschen Regierung zum Ausdruck gekommen, die bezüglich der Steuern folgende Hauptpunkte enthält:

Die Besitzbesteuerung (Vermögenssteuer, Vermögenszuwachssteuer, Kapitalverkehrssteuer und Körperschaftsteuer) wird wesentlich erhöht.

Die Umsatzsteuer wird von $1\frac{1}{2}\%$ auf 2% , die Kohlensteuer von 20 auf 40% festgesetzt.

Die Zölle werden auf Goldbasis erhoben.

Zur Einschränkung der schwebenden Schuld und des Notenumlaufs wird eine Zwangsanleihe aufgelegt.

Das Programm der deutschen Regierung bringt aber auch sonstige Belastungen, die den Steuerzahler auf das Härteste treffen, vor allem den völligen Abbau der Zuschüsse für die

Lebensmittelverbilligung und die Belastung der Arbeitgeber und Arbeitnehmer mit den Hauptkosten für die neu zu schaffende Arbeitslosenversicherung. An versteckter Stelle befindet sich eine weitere, gerade für Hamburger Kaufmannskreise sehr drückende Steuer in dem ebenfalls der Erfüllung des Sanierungsprogramms dienenden Vorentwurf eines Liquidationsschädengesetzes (Entschädigungs-, Ausgleichs- und Währungszuschußsteuer).

Die Nachkriegsgewinnsteuer ist aufgegeben. Das Reichsnotopfer wird nur bis zu 40% erhoben, der Rest gilt als erledigt durch die neue Zwangsanleihe. Die Zwangsanleihe soll eine Milliarde Goldmark erbringen. Näheres über ihre Ausgestaltung (Verzinsung, Tilgung, Mobilisierbarkeit usw.) steht noch nicht fest. Die Verbindung der Zwangsanleihe mit dem Gesamtkomplex der Steuergesetze soll durch ein Mantelgesetz hergestellt werden. Die Frage der Veranlagung der Vermögenssteuer nach dem gemeinen Wert oder nach dem Ertragswert bleibt einem Beschluß des Reichstagsplenums vorbehalten.

Im Rahmen des „Erfüllungsprogramms“ ist der Haushaltsplan für das Jahr 1922 dem Reichstag vorgelegt worden. Der Etat weist einen Fehlbetrag von 183 Milliarden auf. Der Hauptaussgabeposten für die Ausführung des Friedensvertrages mit 171,03 Milliarden wird hoffentlich durch den Erfolg der Verhandlungen von Genua eine wesentliche Verminderung erfahren und durch die Zwangsanleihe bis zu dem überhaupt möglichen Maß gedeckt werden können.

Der Haushaltsplan für 1921 ist durch das Gesetz betr. die Feststellung eines dritten Nachtrages zum Reichshaushaltsplan für das Rechnungsjahr 1921 (R. G. Bl. S. 13, 1922) endgültig statuiert. Das gesamte Steuersoll für 1921 beträgt 56 Milliarden.

Durch das Gesetz zur Änderung des Tabaksteuergesetzes vom 22. 12. 21 (R. G. Bl. S. 1, 1922) ist der Reichsfinanzminister ermächtigt worden, für die Zeit eines wirtschaftlichen Bedürfnisses die vorgesehenen Zollsätze herabzusetzen. Hiervon hat er sogleich in der Verordnung über die Herabsetzung von Zollsätzen für Tabak vom 27. 12. 21 (R. G. Bl. S. 2, 1922) Gebrauch gemacht. Die schützöllnerischen Bestrebungen der inländischen Tabakproduzenten haben diese Änderung zugunsten des Handels und der Konsumenten nicht verhindern können.

Endlich ist bedeutsam die Verordnung betr. zeitweise Aussetzung der Erhebung der Steuer für Beförderung im See- und Küstenschiffsverkehr vom 7. 1. 22 (R. G. Bl. S. 43, 1922). Die vorläufige Befreiung des Personen- und Güterverkehrs von der Verkehrssteuer war bezüglich der Wasserstraßenbeförderung schon früher durchgeführt (R. G. Bl. S. 225, 1921). Nunmehr ist auch die Personen- und Güterbeförderung im See- und Küstenverkehr bis auf weiteres steuerfrei.

Die Einkommensteuer nach dem Gesetz vom 20. Dezember 1921

Die Einkommensteuer ist seit ihrem kurzen Bestehen so mannigfaltigen grundlegenden Änderungen unterworfen worden, und die Gesetze, Verordnungen und Dienstanweisungen über sie haben sich derartig gehäuft, daß es unabweislich notwendig erscheint, die gesamte Gesetzesmaterie hier nach dem neuesten Stand in aller Kürze zusammenzufassen. Dieser Grundsatz wird bei den folgenden Berichten über andere Steuern durchgeführt werden, um so eine feste Grundlage für spätere Einzeldarstellungen und die notwendige Übersicht zu gewähren.

Wichtigste Gesetzesquellen

- [a)] Einkommensteuergesetz vom 29. 3. 20 (R. G. Bl. S. 359);
- [b)] Verordnung über die Einreichung von Lohnlisten zum Zwecke der Veranlagung der Einkommensteuer vom 29. 12. 20 (Zentralbl. f. d. D. R., 1921, S. 7), überholt durch die §§ 34—38 der Ausführungsbestimmungen zum Einkommensteuergesetz (s. unten);
- [c)] Gesetz zur Änderung des Einkommensteuergesetzes vom 24. 3. 21 (R. G. Bl. S. 313);
- [d)] Ausführungsbestimmungen zum Einkommensteuergesetz vom 30. 5. 21 (Zentralbl. f. d. D. R., S. 450);
- [e)] Verordnung zur Ausführung des § 59 des Einkommensteuergesetzes vom 12. 6. 21 (Zentralbl. f. d. D. R., S. 595);
- [f)] Gesetz über die Einkommensteuer vom Arbeitslohn vom 11. 7. 21 (R. G. Bl. S. 845);
- [g)] Durchführungsbestimmungen zum Gesetz über die Einkommensteuer vom Arbeitslohn vom 3. 12. 21 (Zentralbl. f. d. D. R.);
- [h)] Verordnung zur Ausführung des § 59 a des Einkommensteuergesetzes vom 25. 7. 21 (D. Reichsanz. Nr. 180);
- [k)] Gesetz zur Änderung des Einkommensteuergesetzes vom 20. 12. 21 (R. G. Bl. S. 1580);

- [i)] Verordnung über den Ausgleich von Härten bei der Einkommensteuer vom 20. 8. 21 (R. G. Bl. S. 1263);
- [l)] Bekanntmachung betreffend Vornahme des Steuerabzuges vom 1. 1. 22 (Zentralbl. f. d. D. R. 22, S. 5);
- [m)] und Verordnung zur Änderung der Durchführungsbestimmungen zum Gesetz über die Einkommensteuer vom Arbeitslohn (Zentralbl. f. d. D. R. 22, S. 8).

A. Steuersubjekt (§ 1 a¹)

I. Unbeschränkt steuerpflichtig.

1. Deutsche, soweit sie sich nicht länger als zwei Jahre dauernd im Auslande aufhalten, ohne im Inland einen Wohnsitz zu haben.²⁾

Beamte (nicht Wahlkonsuln) und Militärpersonen, sowie ihr Personal sind auch dann steuerpflichtig, wenn sie zwei Jahre oder länger einen ausländischen Wohnsitz innehaben, soweit sie nicht an diesem Ort zu einer entsprechenden direkten Steuer herangezogen werden.

2. Nichtdeutsche, wenn sie im Deutschen Reich einen Wohnsitz oder des Erwerbs wegen oder länger als sechs Monate ihren gewöhnlichen Aufenthalt haben.

II. Beschränkt steuerpflichtig.

Alle natürlichen Personen ohne Rücksicht auf Staatsangehörigkeit, Wohnsitz und Aufenthalt sind mit ihrem gesamten Einkommen aus inländischen Einkommenquellen steuerpflichtig (forum rei sitae).

B. Steuerobjekt ([a] § 4—11)

Bei Festlegung des Einkommenbegriffes geht das Gesetz nicht von der Fuistingschen Quellentheorie aus wie die frühere preußische Einkommensteuer, bei der nur die aus bestimmten, dauernden Quellen fließenden Erträge besteuert wurden, sondern vom Schanzschen Einkommensteuerbegriff, wonach „dem Einkommen der reine Vermögenszugang eines bestimmten Zeitabschnittes einschließlich der Nutzungen und geldwertender Leistungen Dritter zugrunde zu legen ist“. Demzufolge umfaßt die Steuer, soweit es im Gesetz nicht anders bestimmt ist, alle einmaligen und wiederkehrenden Einkünfte aus Grundbesitz, Gewerbebetrieb, Kapital, Vermögen und aus Arbeit, gleichviel unter welcher Bezeichnung und Form (Aufwandsentschädigung, Tantieme, Gratifikationen usw.). Einkommensteuerpflichtig sind auch Gewinne aus einzelnen Veräußerungsgeschäften, jedoch nur, sofern der Erwerb des veräußerten Gegenstandes zum Zwecke gewinnbringender Veräußerung erfolgt ist (Spekulationsgewinne) und soweit die Veräußerungsgeschäfte nicht zum Gewerbebetrieb des Steuerpflichtigen gehören. ([c] § 11, 5.)

Durch die neue Fassung der Einkommensteuererklärungen ist es notwendig, daß der Steuerpflichtige jedes einmalige Veräußerungsgeschäft, vor allem auch jedes Börsengeschäft, angibt. Er wird im einzelnen Fall nachweisen müssen, daß die Veräußerung keinen rein spekulativen Charakter hatte.

C. Steuerbetrag ([i] § 21)

Bisher:			Nach dem Gesetz vom 20. 12. 21:		
Einkommen	Steuerbetrag	% d. Einkommens	Einkommen	Steuerbetrag	% d. Einkommens
24 000	2 400	10,00	24 000	2 400	10,00
30 000	3 600	12,00	30 000	3 000	10,00
35 000	4 850	13,86	35 000	3 500	10,00
40 000	6 350	15,88	40 000	4 000	10,00
50 000	10 100	20,20	50 000	5 000	10,00
75 000	21 350	28,47	75 000	9 500	12,67

¹⁾ Mit den kleinen lateinischen Buchstaben werden der Abkürzung halber die Gesetze und Verordnungen entsprechend dem an der Spitze stehenden Quellenverzeichnis genannt.

²⁾ Abweichend hiervon genießen jedoch Auslandsdeutsche, auswandernde Deutsche und Deutsche in den abgetretenen Gebieten Steuerbefreiungen gemäß [c] § 55, s. u. Abschnitt D. I.

Bisher:			Nach dem Gesetz vom 20. 12. 21		
Ein- kommen	Steuer- betrag	% d. Ein- kommens	Ein- kommen	Steuer- betrag	% d. Ein- kommens
100 000	32 600	32,60	100 000	15 500	15,50
150 000	56 600	37,74	150 000	30 500	20,33
200 000	81 600	40,80	200 000	45 500	22,75
300 000	133 600	45,53	300 000	80 500	26,83
400 000	191 600	47,90	400 000	120 500	30,13
500 000	251 600	50,32	500 000	160 500	32,10
1 000 000	551 600	55,16	1 000 000	385 500	38,55
2 000 000	1 151 600	57,58	2 000 000	910 500	45,53
6 000 000	3 551 600	59,19	6 000 000	3 310 500	55,17

Wie aus der Tabelle ersichtlich, ist für die geringeren Einkommen der Steuerbetrag ganz wesentlich herabgesetzt worden. Diese Herabsetzung ist lediglich deswegen erfolgt, weil infolge der Entwertung der Mark der Realwert der Einkommen immer mehr gesunken ist, und ein Einkommen von 50 000 *M* ungefähr einem Einkommen von 24 000 *M* im Jahre 1920 entsprechen dürfte. Da die Nominalhöhe der Einkommen seither aber ebenfalls beträchtlich gestiegen ist, so ist es irreführend, wenn das Ausland von einer Verminderung der Steuererträge im Maße der Herabsetzung des Steuerfußes für die unteren Steuerstufen spricht und hieran die Folgerung knüpfen will, daß Deutschland in bezug auf die wichtigste Steuer keine Erfüllungspolitik treibt. Noch viel irreführender ist es, wenn die „Times“ in diesem Zusammenhang ein Einkommen von 50 000 Papiermark einem englischen Einkommen von 2500 £ gleichstellt und ausführt, daß dasselbe Einkommen in Deutschland nur mit 10 %, in England mit etwa 25 % besteuert werde.

D. Steuerbefreiungen

I. Persönliche Steuerbefreiungen.

([a] § 3 und [c] § 55.)

Von der Einkommensteuer sind Personen befreit, denen unter Wahrung der Gegenseitigkeit nach allgemeinen völkerrechtlichen Grundsätzen, oder denen nach besonderen Vereinbarungen mit anderen Staaten ein Anspruch auf Steuerbefreiung zusteht.

Ferner sind abweichend von der Vorschrift [a] § 2, 1 Auslandsdeutsche vom Schluß des Monats an, in dem sie in das Ausland zurückkehren, von der Einkommensteuer befreit.

Auswandernde können unter bestimmten Voraussetzungen auf Antrag von der Einkommensteuer freigestellt werden.

Endlich sind von der unbeschränkten Einkommensteuerpflicht Deutsche befreit, welche in den gemäß des Friedensvertrages aus dem Deutschen Reiche ausscheidenden Gebieten schon mindestens zwei Jahre lang vor der Abtrennung der Gebiete ihren gewöhnlichen Aufenthalt hatten, ohne in dem beim Deutschen Reich verbliebenen Gebiete einen Wohnsitz zu haben.

II. Sachliche Steuerbefreiungen ([a] und [c] §§ 12, 13, 14 [a] und [c] § 59 sowie [g]).

1. Als steuerbares Einkommen gelten nicht einmalige Vermögensanfälle, die schon von der Erbschaftssteuer ergriffen werden. (Schenkungen und Aussteuer, Kapitalempfänge auf Grund von Kapitalversicherungen, Kapitalabfindungen, die die Natur einer gesetzlich anerkannten Entschädigung haben, militärische Pensions- und Rentenerhöhungen usw., Gewinne aus Veräußerungen nicht steuerbarer Gegenstände, insbesondere aus dem Verkauf von Hausrat. Gewinne aus Veräußerungen von Grundstücken, sofern das Grundstück nicht zu Weiterverkaufszwecken oder innerhalb der letzten zehn Jahre erworben wurde) S. [a] und [b] § 12.

2. Abzugsfähig sind die zur Erwerbung und Erhaltung der

Einkünfte gemachten Aufwendungen (*Werbungskosten*) sowie dauernde Renten und Lasten und gewisse Beiträge, die der Steuerpflichtige zur Versicherung, zu wohlfähigen Zwecken usw. zu leisten hat (siehe [a], [c], [k] §§ 13 und 14). Versicherungsprämien für Lebensversicherungen sind nach dem Gesetz vom 20. 12. 21 nur noch abzugsfähig, soweit sie jährlich den Betrag von 3000 *M* übersteigen, Beiträge an kulturfördernde, mildtätige, gemeinnützige und politische Vereinigungen nur, soweit der Einzelbetrag 200 *M* übersteigt. [a] § 15 bestimmt ausdrücklich, welche Einkünfte nicht in Abzug gebracht werden dürfen.³⁾

3. [b] § 59 bestimmt, daß unter gewissen Voraussetzungen Aufwendungen für die Neubeschaffung von Kleinforderungen abzugsfähig sind (s. hierzu auch [e]).

4. Besonders wichtig ist [b] § 59a, der die sogenannte *steuerfreie Erneuerungsrücklage* regelt. Dieser Paragraph korrespondiert mit [c] § 13, 1b. In dem letzteren Paragraphen heißt es:

„Abzugsfähig sind die jährlichen, den Verhältnissen entsprechenden Absetzungen für Abnutzung von Gebäuden, . . . Anlagen, von Maschinen und von sonstigem Betriebsinventar, soweit die Kosten der Beschaffung nicht als Werbungskosten in Abzug gebracht und aus steuerfrei gebildeten Rücklagen (§ 59a) gedeckt worden sind.“

Ursprünglich sah das Steuergesetz nur diese Möglichkeit der Abschreibung vor. Hierbei wurde übersehen, daß heute für Ersatz des Anlagekapitals höhere Kosten aufzuwenden sind als für die alten Gegenstände. Sogenannte Erneuerungsrücklagen für echte Reserven unterlagen der Besteuerung. Hiergegen hat sich die gesamte Praxis endlich durchzusetzen gewußt. Zunächst wurden die verschiedensten Wege angestrebt, z. B. durch eine Verallgemeinerung der sogenannten Gesamtabschreibung der Werte des Gesamtvermögens, die vom Reichsfinanzhof in der Entscheidung vom 11. 1. 21 jedoch nur unter der Voraussetzung für gültig erklärt worden war, „daß die in der Bilanz dargestellten Aktivwerte ihrer Gesamtbezeichnung nach zu hoch angesetzt sind und eine dahingehende schlüssige Behauptung vom Steuerpflichtigen aufgestellt worden ist“. Das Gesetz [c] vom 24. 3. 21 brachte dann die steuerfreie Erneuerungsrücklage. Die Ausführungsbestimmungen zum § 59a erfuhren jedoch einige aus dem Gesetz selbst nicht hervorgehende und daher von vielen Seiten lebhaft angegriffene Beschränkungen des Grundgedankens, die hier nicht wiedergegeben werden können.

Die Höhe der steuerfreien Rücklage bemißt sich nach dem Anschaffungspreis und nach dem Anschaffungszeitpunkt des zu ersetzenden Gegenstandes. Die Rücklage beträgt, wenn die Herstellung oder Anschaffung erfolgt ist: vor dem 1. 1. 20 das Doppelte, vor dem 1. 1. 19 das Dreifache, vor dem 1. 1. 16 das Sechsfache des Herstellungs- oder Anschaffungspreises.

Die Rücklage ist auf die einzelnen Geschäftsjahre gleichmäßig zu verteilen und zwar von 1920 an bis zum Ende des Geschäftsjahres, das der voraussichtlichen Ersatzbeschaffung unmittelbar vorangeht. Bei Gegenständen, die nach dem 31. 12. 19 zum Ersatz alter Gegenstände angeschafft sind, und für die nun wiederum eine Rücklage gebildet wird, beginnt der Verteilungszeitraum hierfür mit dem Geschäftsjahr der Einstellung. Die Jahresquoten, die durch Verteilung des Rücklagebetrags auf den gesamten Verteilungszeitraum entstehen, dürfen dann während der in den Kalenderjahren 1920 bis 1926 endigenden Geschäftsjahre als steuerfreie Rücklagen abgesetzt werden.

Sind steuerfreie Rücklagen gebildet, so darf der Steuerpflichtige die Ersatzgegenstände nicht mit ihrem Anschaffungspreis in die Bilanz einsetzen, vielmehr hat er vom tatsächlichen Anschaffungspreis 40 % abzusetzen. Auf der Passivseite ist die Rücklage um den gleichen „Mehrkostenbetrag“ zu vermindern.

³⁾ 1. Aufwendungen zur Vermögens- und Kapitalvermehrung; 2. Zinsen für das im Betrieb angelegte eigene Vermögen; 3. Haushaltskosten, Unterhaltsbeiträge, 4. Personalsteuern.

Beispiel: Eine Fabrik hat 1916 eine Kesselanlage für 40 000 *M* angeschafft, für die eine zehnjährige Lebensdauer im voraus eingeschätzt wird. Nachdem zunächst in üblicher Weise jährlich 4000 *M* als Abschreibung steuerfrei, abgesetzt sind, darf eine steuerfreie Rücklage in Höhe des dreifachen Anschaffungspreises gebildet werden, da die Kesselanlage nach dem 1. 1. 16, aber vor dem 1. 1. 19 gekauft ist. Dieser Betrag in Höhe von 120 000 *M* ist gleichmäßig auf die Jahre 1920—1926 (weil das letztere Jahr der Neuanschaffung vorangeht) zu ver-

buchen, also jährlich mit 17 142,86 *M*. 1927 kauft die Fabrik eine Ersatzanlage für 800 000 *M*. Hiervon dürfen 40 % = 320 000 *M* auf die gebildete Rücklage berechnet werden. Da diese aber nur 120 000 *M* beträgt, dürfen die restlichen 200 000 *M* als Werbungskosten verbucht werden. Die Kesselanlage erscheint in der Bilanz mit 480 000 *M*, und hiermit ist das Rücklagekonto verschwunden.

(Schluß folgt.)

Erwin Wiskemann

Deutschland

Chronik der Staats- und Privatwirtschaft

Staatwirtschaft und Gesetzgebung

Im Wohnungsausschuß des Reichswirtschaftsrates wurde die Höhe der Reichswohnungsabgabe auf 50 % der Friedensmiete festgesetzt. Diesen Beschluß hat der Deutsche Städtetag gutaichtlich gebilligt. Die Abgabe fällt je zur Hälfte der Gemeinde und dem Land zu und wird von diesen für Baukostenzuschüsse verwandt.

Nach Informationen der „Berliner Börsenzeitung“ hat die Tarifierhöhung der Reichspost einen Rückgang des Brief- und Telegrammverkehrs um 50 % im Gefolge gehabt.

Über eine Änderung des Einfuhrüberwachungssystems wird bekannt, daß die Organisation des Reichsbeauftragten bald aufgehoben und ihre Funktion der Zollverwaltung übertragen werden soll. Die Vorschläge haben die Billigung des zuständigen Ausschusses im Reichswirtschaftsrat gefunden.

Die Reichswirtschaftsstelle für Wolle beabsichtigt, nur noch solche Ausfuhranträge zu befürworten, die in Auslandswährung gestellt sind. Damit schließt sie sich dem Vorgehen ihrer Schwesterorganisation für Kunstspinnstoffe und Stoffabfälle an, welche mit Wirkung vom 5. 1. an die gleiche Bestimmung getroffen hat.

Das Reichswirtschaftsministerium plant die Umwandlung der Reichsstelle für Textilwirtschaft in eine Außenhandelsstelle, welche ihre Tätigkeit etwa Anfang April aufnehmen wird. Die Preiskontrolle des Inlandsmarktes bleibt Aufgabe des Wirtschaftsministeriums.

Ähnlich dem Vorgehen des Reichsschatzministeriums in der Nutzbarmachung der Proviantämter ist die Inbetriebnahme der Eekleidungsämter durch eine Gesellschaft, an der die Privatindustrie zu $\frac{1}{4}$, das Reich zu $\frac{3}{4}$ beteiligt ist, vorgesehen. Auch hier dürfte der Widerspruch seitens der betroffenen Industrien — Eekleidungs- und Schuhfabriken — nicht ausbleiben. Die Gründungen werden etwa Anfang April stattfinden.

Industrie und Bergbau

Der Reichskohlenrat hat, mit Wirkung vom 1. 2. an, eine Kohlenpreiserhöhung beschlossen, die bei Fettkohle 50 *M* für Rheinland-Westfalen für die Tonne beträgt, für andere Sorten entsprechend gestaltet ist.

Infolge einer Lohnbewegung hat fast die gesamte Arbeiterschaft der Hagen-Schwelmer Eisen- und Metallindustrie — ein Schiedsspruch kam nicht zustande — mit 14tägiger Frist das Arbeitsverhältnis gekündigt. — In der Berliner Metallindustrie wird voraussichtlich binnen kurzem die Urabstimmung über die Arbeitsniederlegung stattfinden, da die Arbeiterschaft den Vergleichsvorschlag des Metallindustriellenverbandes abgelehnt hat.

Die Griesheim-Elektronwerke planen, wie die „Halleschen Nachrichten“ melden, die Errichtung einer chemischen Fabrik nahe den Leunawerken bei Merseburg. Die Genehmigung hierzu soll von der Bedingung abhängig gemacht worden sein, daß

die Gesellschaft die Errichtung von Arbeiterkolonien selbst durchführt, damit Wohnungsnot und Verkehrsschwierigkeiten (durch Arbeiterzüge) im dortigen Bezirk nicht noch verschärft werden. — Auch die Krupp-Werke sollen in derselben Gegend, gestützt auf die Kohlenvorkommen des Geiseltales, den Bau größerer Fabrikanlagen beabsichtigen.

Von einem großen Finanzierungsplan der Osram G. m. b. H. berichtet die „Frankfurter Zeitung“: Zum weiteren Ausbau der Betriebsmittel, insbesondere im Ausland, sollen 300 Mill. *M* 5prozentige Obligationen ausgegeben werden. Auf diese wird ein höherer Gewinnanteil gegeben, sobald die Dividende der A. E. G. und der Siemens & Halske A.-G. 10 % überschreitet. Letztere beiden Gesellschaften übernehmen die selbstschuldnerische Bürgschaft für Zinszahlungen und Kapitalrückzahlungen. Von der Gesamtsumme werden vermutlich nur 120 Mill. *M* auf den Markt kommen, die ein Bankenkonsortium (Deutsche Bank, Nationalbank, Handelsgesellschaft) freihändig abgeben wird. —

Die durch Feuer schwer beschädigte Fabrik der Sarotti A.-G. in Berlin-Tempelhof war, nach Mitteilungen, die dem Aufsichtsrat gemacht wurden, mit 90 Mill. *M* — einschließlich der Maschinen und Warenvorräte — versichert. Der tatsächliche Schaden wird von Versicherungsseite auf 70—80 Mill. *M* geschätzt. Der Betrieb der Gesellschaft kann ohne größere Stockungen weitergeführt werden, da größere Vorräte an Rohstoffen erhalten geblieben sind und noch an anderer Stelle lagern und da die Gesellschaft die Werkanlagen der J. D. Groß A.-G. in Berlin (für 12 Mill. *M*) erworben hat. Eine Kapitalserhöhung bis zu 28 Mill. *M* ist in Aussicht genommen.

Banken, Handel, Versicherungsgesellschaften

Die geplante Kapitalserhöhung der Allgemeinen Kreditanstalt in Leipzig — um 180 Mill. *M* auf 400 Mill. — fand die einstimmige Billigung der außerordentlichen Generalversammlung. Von den neuen Aktien übernimmt ein Konsortium unter Führung der Diskontogesellschaft 80 Mill. *M*. Auf die restlichen 100 Mill. *M*, die eine der Adca nahestehende Gesellschaft als dauernden Besitz übernimmt, werden zunächst nur 25 % eingezahlt, Dividende wird auf sie bis zur vollständigen Einzahlung nicht gegeben. Durch die Kapitalerhöhung soll die Angliederung der Schlesischen Privatbank A.-G. in Breslau ermöglicht werden. Die Beziehungen der Kreditanstalt zur Bayrischen Hypotheken- und Wechselbank und zum Barmer Bankverein wurden durch Zuwahl von Vertretern dieser Banken in den Aufsichtsrat dokumentiert.

Die Berliner Hypothekenbank beabsichtigt den Anschluß an die Gemeinschaft großdeutscher Hypothekenbanken. Einzelheiten über die Bedingungen stehen noch aus.

Die Bank für Landwirtschaft A.-G. fordert jetzt zur Zeichnung der ersten 60 Mill. des um 110 Mill. *M* (auf 150 Mill.) erhöhten Aktienkapitals auf. Es handelt sich bei diesem Unternehmen um eine vom Reichslandbund vorgenommene Um-

gründung der Deutschen Landwirtschaftlichen Treuhandbank A.-G. (Leipzig). An der Geschäftsgebarung der jungen Bank ist mehrfach Kritik geübt worden, so durch den Râiffeisen-Verband, der die schnelle Expansion mit Filialgründungen als bedenklich bezeichnet hat.

Die Direktion der Diskontogesellschaft gibt nunmehr neue Kommanditanteile im Betrage von 90 Mill. *M* aus (auf Grund des Generalversammlungsbeschlusses vom Juli 1921). Damit erhöht sich das Kommanditkapital auf 400 Mill. *M*.

*

Einer Wiener Meldung zufolge hat der Zentralverband der russischen Genossenschaften (Zentrosojus) mit der Deutschen Handelsgesellschaft „Nordost“ einen Vertrag über gegenseitige Warenlieferungen in Höhe von 500 Mill. *M* abgeschlossen.

Nach einer Wolff-Meldung aus Moskau übernimmt die russische Eisenbahnverwaltung vom 1. Februar an wieder die volle Haftung für die ihr übergebenen Güter.

*

Eine Vorversammlung der Aktionäre der Berner Rückversicherungsgesellschaft A.-G. (in Liquidation) stimmte — mit allen gegen eine Stimme — dem Verschmelzungsplan mit der Frankfurter Allgemeinen Versicherungs-A.-G. zu (vgl. „W.-D.“ Nr. 4, S. 66).

Die Vereinigung der Versicherungsgesellschaften Frankona und Europa findet, nach Zustimmung der beiderseitigen Generalversammlungen, jetzt statt (vgl. „W.-D.“ Nr. 3, S. 43).

Die Gerling-Versicherungsgruppe hat für die zehn Gesellschaften, die ihr 1921 angehörten, 15 % (i. V. 12 %) Dividende ausgeschüttet. Mit Wirkung vom 1. 1. 22 treten diesem Konzern, der auf dem System der solidarischen Haftung aufgebaut ist, folgende Gesellschaften bei: Köln-Frankfurter Versicherungs-A.-G., Frankfurt a. M., Köln-Düsseldorfer Versicherungs-A.-G., Düsseldorf, Elbe und Saale Versicherungs-A.-G., Magdeburg. Damit erhöht sich das Gesamtkapital der Gruppe auf 135 Mill. *M*. Neugründungen sollen in Berlin, Breslau, Bremen und Krefeld geplant sein. Diese schnelle Ausbreitung würde eine Verschärfung der Kampfstellung bedeuten, welche die Deutsche Feuer-Versicherungs-Vereinigung Hand in Hand mit den Organisationen der deutschen Rückversicherer gegen den Gerlingkonzern einnimmt, der durch seine sehr niedrigen Prämiensätze eine unliebsame Konkurrenz darstellt.

Interessengemeinschaften und Fusionen

Wie sich nunmehr zeigt, war die Mitteilung in Nr. 19 der „Deutschen Bergwerkszeitung“, die wir in Nr. 4 des „W.-D.“ wiedergaben, verfrüht: Der Hauptteil der Kuve von Glückauf-Sondershausen befindet sich vielmehr in den Händen der Tochtergesellschaft Glückauf-Bebra (1500 Stück von 4500 ausgegeben, während darüber hinaus noch 1500 bei der Gesellschaft selbst ruhen). Doch haben sowohl die Gewerkschaft Wintershall wie auch die Deutschen Kaliwerke A.-G. eine größere Anzahl von Kuxen (angeblich 1300 und 400) in Besitz gebracht. Beide Gesellschaften streben einen Betriebsvertrag mit Glück-

auf an, wobei die Selbständigkeit der Konzerne erhalten bleiben soll. Einzelheiten der Vorschläge werden der nächsten Gewerkschaftsversammlung zur Beschlußfassung vorgelegt. — Andere Fusionsgerüchte (so Burbach-Wintershall, Deutsche Kaliwerke-Aschersleben, Adler-Hope-Adolfsgrück) werden aufs lebhafteste dementiert.

Dagegen gehen jetzt die Deutschen Kaliwerke A.-G., Bernterode, daran, 60 Mill. *M* 6 %ige Vorzugsaktien (mit einfachem Stimmrecht und Nachzahlungspflicht) zu begeben. Ihr bisheriges Kapital umfaßte 78 Mill. *M* Stammaktien.

Die Verlagsanstalt F. A. Perthes A.-G. in Gotha verlegt ihren Sitz nach Stuttgart und geht, unter Peibehaltung ihrer Selbständigkeit, eine Interessengemeinschaft mit der Deutschen Verlagsanstalt Stuttgart ein.

Die A.-G. für Transport und Verkehr in Berlin erhöht ihr Kapital von 3 auf 6 Mill. *M* und begibt die neuen Aktien der Triester Firma Intercontinentale A.-G. für Transport- und Verkehrswesen, deren Namen sie annimmt. Damit verfügt die Gesellschaft nunmehr über 60 Filialen im Ausland.

Gegen den Plan einer Anzahl von Rohrzuckerfabriken, sich die Zuckerraffinerie Halle anzugliedern — durch Übernahme der 15 Mill. *M* Aktien zu einem Kurs von 1000 % — macht sich erheblicher Widerstand aus den Kreisen der Aktionäre geltend; diese Ablehnung wird auf entgegengerichtete Interessen der Konkurrenzfirmen zurückgeführt.

Als „Verkaufsgesellschaft deutscher Steinzeugwerke“ hat sich ein Syndikat sämtlicher deutscher Ton- und Steinzeugrohrfabriken gebildet.

Engelhardt-Brauerei A.-G. und Linderer Aktienbrauerei haben den angekündigten Interessengemeinschaftsvertrag, dessen Dauer für 80 Jahre vorgesehen ist, geschlossen. — Die Interessengemeinschaft zwischen der Württembergisch-Hohenzollernschen Brauereigesellschaft und der Brauereigesellschaft Rettenmeyer-Tivoli hat nunmehr die Billigung beider Generalversammlungen gefunden (vgl. „W.-D.“ Nr. 3, S. 43).

Bayrische Wasserkraft A.-G. in München und Tief- und Hochbau A.-G. in Ludwigshafen a. Rh. (5 Mill. *M* Aktienkapital) haben einen Interessengemeinschaftsvertrag geschlossen, nach dem die Arbeiten beim Ausbau sämtlicher Wasserkräfte in Bayern gegen festgelegten Gewinn letzterer übertragen werden. Weitere Verträge ähnlichen Inhalts stehen für die Tief- und Hochbau-Gesellschaft in Aussicht.

Die Houbenwerke A.-G. (Aachen) bereiten eine Kapitalerhöhung um 4,4 auf 11 Mill. *M* vor, wovon 2,5 Mill. zum Ankauf der Aktienmehrheit der Vereinigten Metallwerke A.-G. (Düsseldorf-Gerresheim) Verwendung finden sollen, da diese Betriebe sich in ihren Fabrikationsgebieten gegenseitig ergänzen.

Die Grade-Automobilwerke A.-G. (Bork i. d. Mark) erhöht ihr Kapital um 14 auf 26 Mill. *M* und kauft die Anlagen der Firma C. Rüttger in Berlin-Hohenschönhausen (bisher Kraftpflugfabrik) an, in welchen nun Kleinautos gebaut werden sollen.

E. T.

Rußland

Die außerpolitische Lage der Sowjetrepublik zu Beginn der Wiederaufbauverhandlungen II — Der Gegensatz zu Frankreich und Polen — Die Vereinigten Staaten und Rußland

Ein Leitartikel der sowjetamtlichen Moskauer „Iswestija“ bezeichnete kürzlich die französische Bourgeoisie als den unversöhnlichsten Feind Sowjetrußlands. Frankreich werde sich an der Konferenz von Genua hauptsächlich zu dem Zwecke beteiligen, um den Friedensschluß zwischen Rußland

und den anderen Staaten und die Anerkennung der Sowjetregierung zu hintertreiben. Das amtliche Blatt gibt hier eine Meinung Ausdruck, die wohl im ganzen Lande geteilt wird: Frankreich gilt als der Feind des neuen Rußland, — denn es ist mit Polen verbündet, ist der Herd der Gegenrevolution

und das Hauptasyl der Reaktionäre, ja muß heute wohl für den konservativsten Staat der Welt gelten. An und für sich hätte Rußland keine Ursache Frankreich ablehnend oder gar feindlich gegenüber zu stehen; da die Sowjetregierung sich jedoch bei jeder Gelegenheit von der französischen Regierung angegriffen sah, so nahm sie die Fehde auf und scheint zu beabsichtigen, sie durchzufechten. Wenn man aus wirtschaftlichen Gründen auch eine Annäherung an alle Großmächte sucht, und um praktischer Vorteile willen geneigt ist, auf die Idee der Weltrevolution, die kommunistische Propaganda usw. zu verzichten, die aktiven Ziele im Orient in den Hintergrund zu stellen und sie, äußerlich wenigstens, als diplomatisch-politische Reserve zu betrachten, — so erkennt man in Moskau, nach der amtlichen Presse und den Äußerungen der führenden Persönlichkeiten zu schließen, doch, daß mit der französischen Regierung ein derartiger Kompromiß ausgeschlossen sein dürfte. Erst einmal steht Frankreichs Polenpolitik dem im Wege. Praktisch denkende Russen in- und außerhalb der Sowjets haben sich mit der Existenz der Randstaaten leidlich abgefunden. Möglich war dies, weil die Staaten Finnland, Estland, Lettland und Litauen auf ihr ethnographisches Gebiet beschränkt geblieben sind, — Polen jedoch greift im Osten weit über seine ethnographischen Gebiete hinaus und beherrscht Millionen von Weißrussen, Großrussen und Ukrainern. Die heutigen Ostgrenzen Polens sind eine Tatsache, mit der das Russische Reich sich nicht abfinden kann. Dazu kommt noch, daß die Polen sich noch immer nicht für saturiert erklären, sondern weitgehendere Aspirationen hegen; der russisch-polnische Friede ist, ganz abgesehen vom strukturellen und politischen Gegensatz beider Staaten, also abgesehen von der auf beiden Seiten aggressiv vorhandenen Tendenz, die gegnerische Regierungsform zu bekämpfen, nur eine Zufälligkeit. Frankreich unterstützt die expansiven Tendenzen des Polentums, augenscheinlich heute sogar über das Zeitproblem „Bolschewismus“ hinaus, da man ein Großpolen als geeigneter ansieht Deutschland niederzuhalten, als ein geeintes Großrußland — welche Staatsform in diesem auch herrschen möge. Dieser prinzipielle Gegensatz findet üppige Nahrung im Abscheu, den die französische Bourgeoisie gegen den Sowjetismus empfindet; man scheint in Paris völlig den Auffassungen der russischen Emigranten, vor allem Burdews, Kokowzews, des Industriellen Rjabuschinski usw. verfallen zu sein, erwartet und rechnet mit einem Sturze der Sowjets und einer neuen Ära der Kadetten oder Liberalen. In Rußland will die Bevölkerung — es kann heute nicht gut mehr daran gezweifelt werden — keinen Umsturz mehr, sondern hofft auf eine langsame Evolutionierung der Sowjetgewalt und schließliche Angleichung an demokratische Prinzipien — in Paris will man eine Gegenrevolution haben, die weit eher eine Verewigung des Chaos, als Ordnung und Ruhe schaffen dürfte. Selbst wenn die Regierung Lenins die Staatsschulden Rußlands anerkennen und — was unmöglich erscheint — den schwer geschädigten französischen Rentner zufrieden stellen wollte, würde man vermutlich in Frankreich von diesen Ideen nicht abkommen. Dazu kommt, daß die Franzosen Rußland nur wenig bieten könnten; die kulturellen, praktischen und technischen Leistungen der Franzosen in Rußland waren stets gering; es war immer nur das französische Kapital, nicht der Franzose selbst, das in der russischen Wirtschaft wirkte. Heute, wo Frankreich vom Range des Bankiers der Welt zum Schuldnerstaat mit 86 Milliarden fr äußerer Schuld (vergl. „W.-D.“ Nr. 51, 1921) herabgesunken ist, hat es für den Kontinent des Ostens nur geringe Bedeutung. Man hat somit in Moskau, wenn es gelänge sich mit England, Amerika,

Deutschland und den Neutralen über das Wiederaufbauproblem zu verständigen, keine direkte Ursache, ein Kompromiß mit Frankreich zu suchen; die Sowjetregierung, deren Todfeinde Berater der französischen öffentlichen Meinung sind, kann nicht einmal daran denken, will sie ihre Existenz nicht gefährden. Dazu kommt schließlich noch das Reparationsproblem. Hauptfaktor der Wiederherstellung Rußlands kann de facto nur Deutschland sein; jede weitere Schwächung der deutschen Volkswirtschaft verzögert den Wiederaufbau des Ostens. Nicht um unsern Willen, nicht einmal um des Gleichgewichts der Machtverhältnisse in Europa, sondern in rein praktischer, vollkommen unpolitischer Hinsicht ist Rußland heute an der Existenz einer selbständigen deutschen Wirtschaft interessiert. Deshalb wohl, (wenn auch noch andere Gründe mitsprechen) im Augenblick französischer Vorschläge an die russische Adresse, den Frieden von Versailles anzuerkennen, — die scharfe Absage aus Moskau durch die Erklärung Lenins, niemals würde er an Deutschland Reparationsforderungen stellen, und vielleicht deshalb auch die endlich zugestandene Bereitswilligkeit der Sowjetregierung, Mirbachs Ermordung zu sühnen. . . .

In der Rußlandfrage ist Frankreich völlig isoliert; England ist genötigt, sich mit der russischen Regierung zu verständigen, eine große Reihe der Neutralen hat es bereits getan oder versucht es, Italien hat kürzlich ein Handelsabkommen abgeschlossen, Japan verhandelt in Dairen mit Sowjetvertretern, und die Vereinigten Staaten verhalten sich längst nicht mehr so ablehnend gegen das heutige Rußland wie ehemals. Die Haltung der Vereinigten Staaten ist in rein politischer Hinsicht eine überaus logische und konsequente gewesen: Ablehnung jeder offiziellen Beziehung zur Sowjetregierung, aber Anerkennung des russischen Einspruchsrechtes gegen die Absplittierungstendenzen der Randgebiete. Die Vereinigten Staaten sind konstant für ein ungeteiltes Großrußland eingetreten; sie allein haben, generell gesprochen, die Randstaatenpolitik in Osteuropa und dem fernen Osten nicht mitgemacht. Andererseits hat die Regierung Hardings einzelnen amerikanischen Bürgern nicht verwehrt, mit Sowjetrußland und der Republik des Fernen Ostens Handel zu treiben und über Konzessionen zu verhandeln, wie man auch die Aktion der amerikanischen Hungerhilfe und die Betätigung der Quäker in Rußland unterstützt hat und wohl auch einer Beteiligung der amerikanischen Finanz- und Handelswelt am Wiederaufbau im Osten kein besonderes Hemmnis in den Weg gelegt werden dürfte.

Man setzt in Rußland große Hoffnungen auf Amerika: alle russischen Parteien erkennen die große Bedeutung der prinzipiellen Einstellung Amerikas zum russischen Problem an und auch die Sowjetregierung, die die nationalen Interessen des großrussischen Reiches in ihrer Außenpolitik stets mit Geschick und Erfolg wahrgenommen hat, erwartet besonders viel von den Amerikanern. Es ist zu beachten, welch ein tiefer Gegensatz zwischen der amerikanischen und französischen Auffassung des Problems Großrußland besteht; trat er bisher auch noch nicht grell zutage, so kann er doch eines Tages schwerwiegende Bedeutung erhalten. Vielleicht ist der Tag nicht mehr so fern, wo eine Allrussische Nationalversammlung in irgendeiner Form zusammentreten könnte; dann dürften Ansprüche laut werden, die heute vergessen scheinen, Ansprüche, die eine Reihe der gegenwärtigen Regelungen russischer Lebensfragen in Europa und Nordasien berühren dürften; Amerikas Stellung dürfte dann praktische Bedeutung gewinnen und dem russischen Volke in seinem Wunsch, das russische Reich wenigstens in den ethnographischen Grenzen wiederherzustellen, zur Hilfe kommen. Es darf dies z. B. in bezug auf Sibirien und das

Amurgebiet nicht außer acht gelassen werden; jede Ausnutzung der gegenwärtigen Regelungen russischer Lebensfragen in Euro-löre dann ihre Bedeutung. Die Vereinigten russischen Staaten und Völker sind sich ihrer Zusammengehörigkeit wieder bewußt geworden; es gibt einen lebendigen Begriff Großrußland, der durch Revolution und Bürgerkriege wohl erschüttert, aber nicht ertötet werden konnte. Der Wiederaufbau Zentralrußlands dürfte manche Randgebiete wieder an das Ganze binden und dann Lebensfragen des russischen Reiches wieder aufwer-

fen, die heute wie vergessen scheinen. Die Sowjetregierung wird in Genua im Namen des Gesamtreiches sprechen und, ob von den russischen Parteien verschiedener Richtungen anerkannt oder nicht, de facto bei der Wahrung dieser nationalen Gesamtinteressen vermutlich wohl die gleiche Unterstützung finden, wie sich die Mehrheit des russischen Volkes in der Abwehr japanischer und polnischer Übergriffe einig war und blieb.

Dr. Hans von Eckardt

Vereinigte Staaten

Die Aussichten für Handel und Industrie im Urteil führender Amerikaner

New York, 15. Januar.

Eine Untersuchung über die Aussichten für Handel und Industrie des Landes, das die Welt mit größeren Mengen von Nahrungsmitteln, Rohstoffen und Fertigerzeugnissen beliefert als jedes andere Mitglied der Weltfamilie der Nationen und dessen Währungsverhältnisse zum mindesten befriedigender sind als die aller anderen, ist naturgemäß in diesem Augenblick von großem und öffentlichem Interesse. Und wenn noch dazu diese Aussichten von einer Reihe von führenden Finanziers, Volkswirtschaftlern und Staatsmännern beurteilt werden, wie dies am Jahresbeginn 1922 erfolgt ist, so scheint es nicht unangebracht, in verdichteter Form eine Darstellung ihrer Anschauungen über die Aussichten des begonnenen Jahres zu geben. Diese Anschauungen sind in der verschiedensten Form zum Ausdruck gekommen, zu einem Teil in Reden, zum andern in sorgfältig vorbereiteten Darstellungen, die in den ersten wirtschaftlichen und geschäftlichen Zeitungen und Zeitschriften des Landes veröffentlicht worden sind; sie dürfen als die sorgfältig durchdachten und sorgsam, aber unumwunden ausgedrückten Anschauungen der großen Männer in Finanz, Industrie und Handel des Landes gelten. Natürlich können solche Darstellungen, die in den Zeitschriften ganze Kolumnen füllen, hier nur schlagwortmäßig wiedergegeben werden, aber doch so, daß außerhalb Amerikas man einen guten Begriff bekommt von den Anschauungen und Meinungen der bedeutendsten Männer in Handel, Industrie und Finanz über deren Stand und Aussichten.

Der Vizepräsident der Vereinigten Staaten Coolidge sagt in einer Zuschrift an das New Yorker „Journal of Commerce“: „Es bestehen viele und wachsende Anzeichen dafür, daß unser Land am Anfang einer wesentlich gesteigerten wirtschaftlichen Blüte steht. Es hat eine durchgreifende Deflation auf allen Warenmärkten stattgefunden, die nunmehr abgeschlossen scheint, und jede andere Erscheinung deutet darauf hin, daß das Geschäftsleben eine feste Grundlage erhalten hat.“

Hoover, der Sekretär für Handel im Kabinett Harding, erklärt: „Wir haben den jähesten Preissturz, der überhaupt in der Geschichte unseres Landes vorgekommen ist, durchgemacht und haben in gewissem Umfange noch die Wiedergesundung Europas abzuwarten, aber wir stehen besser da als andere und unsere Aussichten für die Zukunft sind relativ besser. Wir haben im Jahre 1921 eine große Umstellung durchgemacht und sind nun in guter Form und sind sicher, im Jahre 1922 unsere Stellung zu verbessern.“

William C. Redfield, früherer Sekretär für Handel, sagt: „Wir sind aus dem Dreck heraus; steigen jetzt den Berg hinan. Wir sind noch nicht aus dem Wald heraus und haben noch weit zu gehen, bis wir zu normalen Verhältnissen kommen. Und doch darf gesagt werden, daß der Fortschritt evident ist.“

Präsident Mitchell der New York National City Bank, schloß eine Rede über die Wirtschaftslage mit den Worten: „Das Schlimmste liegt bestimmt hinter uns. Die Liquidierung der Vorräte in vielen Geschäftszweigen, die im Laufe des Jahres 1921 erfolgt ist und zum Auftauen des erstarrten Kredits geführt hat, ist soweit als möglich vor sich gegangen; der Geschäftsmann muß sich jetzt aufs neue nach den Verdienstmöglichkeiten umsehen und zwar unter schärferen Bedingungen des Konkurrenzkampfes; von einer vollen wirtschaftlichen Blüte des Landes kann nicht die Rede sein, bis die auswärtigen Märkte wieder aufnahmefähig sind für unsere Erzeugnisse. Die Wiederkehr eines balanzierten Außenhandels und das allmähliche Durchsetzen der Gesetze der Volkswirtschaft, das benötigt Zeit. Im Vergleich mit verschiedenen führenden Ländern, die ich kürzlich besucht habe, scheinen wir im Moment uns einer wirtschaftlichen Blüte zu erfreuen und die meistbegünstigste aller Nationen zu sein.“

Charles M. Schwab, der Präsident des Stahltrusts, sagt: „Wir scheinen jetzt um die Ecke und unterwegs zu sein zu einer neuen Blüte der Wirtschaft. Man darf sehr wohl glauben, daß das Schlimmste an Deflation vorbei ist und daß, da wir unsere Geschäfte allmählich neu anpassen, bald wieder normale Verhältnisse hergestellt sein werden. Die notwendigen Anpassungen von Preisen und Löhnen mögen noch ein, zwei Jahre oder mehr verlangen, aber ich glaube, daß wir eine Rückkehr zu mächtiger Prosperität erleben werden, wenn wir einmal begriffen haben, daß wir alle die Lasten von heute tragen müssen.“

Dwight W. Morrow, in Firma J. P. Morgan & Co., sagt nach der Bemerkung, daß die innere Lage eng verbunden sei mit den Verhältnissen im Auslande: „Ich glaube, der tiefste Stand in der Tätigkeit unserer Industrie ist vor ein paar Monaten erreicht gewesen, seit welcher Zeit eine deutliche Wendung zum Besseren eingesezt hat, und bei Ausschaltung unvorhergesehener Entwicklungen besteht kein Grund zur Annahme, daß diese Besserung nicht das ganze Jahr über anhalten werde.“

Thomas Branch Mc. Adams, Präsident des amerikanischen Bankier-Verbandes: „Die beschwerlichste unserer Umstellungspflichten liegt hinter uns. Das Ende von 1922 wird Besserung zeigen gegenüber 1921, vor allem in dem Maße, wie wir unsere Außenhandelsprobleme zu lösen vermögen.“

John G. Lonsdale, Präsident der National Bank of Commerce in St. Louis: „Das Jahr 1921 war vielleicht eine der kritischsten Perioden in der Wirtschaftsgeschichte; doch Geschäftsleute und Banken konnten der Situation mit Kredit, das Wort in seinem wirtschaftlichen Sinne und übertragen gemeint, begegnen und die Zeit zu Besorgnissen scheint mir durchaus vorbei zu sein. Um die Mitte des Jahres

werden, wenn nicht Rückschläge erfolgen, wirtschaftlich gesunde Zustände wiedergekehrt sein.“

George M. Reynolds, Vorsitzender des Direktori-ums der Continental and Commercial National Bank of Chicago: „Wir sind von gefährlichen Höhen auf einigermaßen ebenen Grund zurückgekehrt und der Kredit, die Grundlage, auf der das Geschäftsleben basiert, ist in ihrer tragenden Schicht, den Bundesreservebanken, von der Härte des Diamants.“

Präsident Robinson, vom amerikanischen Exportverband der Industriellen: „Während wir eine volle Prosperität nur erleben können bei wirtschaftlicher Gesundung auch der anderen Länder, wird — mit kleinen Rückschlägen — die Wiedergesundung des Wirtschaftslebens schneller vor sich gehen, als angenommen, und im Jahre 1922 werden wir etwas von dieser Änderung sehen, wenn auch erst sehr allmählich.“

O. P. Austin,

Statistiker der New York National City Bank

Niederländisch-Indien

Die indische Anleihe in Amerika — Indischer Staatshaushalt — Steuerpolitik — Ein- und Ausfuhrziffern von Java und Madura Januar September 1921 — Kolonialprodukte: Preisbewegung, Marktlage für Zucker, Kautschuk, Petroleum, Tabak, Tee — Stinnes — Messe in Bandung — Das Komitee für Autonomie Indiens

Amsterdam, Ende Januar 1922.

Die niederländische Regierung erbat und erhielt Ende Dezember die parlamentarische Ermächtigung zum Abschluß einer in den Vereinigten Staaten aufzunehmenden Anleihe zugunsten Niederländisch-Indiens im Betrage bis zu 100 Mill. \$ und zu einem 7½ % nicht übersteigenden Zinsfuß. Die Vorgeschichte dieses Beschlusses ist in wenigen Sätzen folgende:

Niederländisch-Indien, das eine von den Finanzen des Mutterlands in weitem Maße unabhängige Finanzwirtschaft hat¹⁾, hat die Folgen des Krieges u. a. in stark steigenden Ausgaben und nicht in gleichem Maße steigenden Staatseinnahmen zu spüren bekommen. Daß letztere mit den Ausgaben trotz der ungeheuren Konjunkturgewinne nicht in Einklang gebracht wurden, scheint nach dem Urteil befugter Kenner insbesondere darin seinen Grund zu haben, daß die Regierung die steuerliche Erfassung der Konjunkturgewinne zu spät beschloß und, als sie endlich beschlossen war, zu spät ausführte. Das bedeutete nicht nur verspätetes Eingehen der Steuerbeträge, sondern bisweilen, da manche der zu besteuern den Unternehmungen durch den Konjunkturrückgang schwere Verluste erlitten hatten, die Unmöglichkeit, die vorgeschriebenen Steuerbeträge zu erhalten. Die zeitliche Verschiedenheit zwischen Ausgaben und Einnahmen, der Entfall an Steuern, und wie schließlich von manchen Kreisen behauptet wird, ungenügend vorsichtige und sparsame Finanzpolitik überhaupt, hat ein starkes Ansteigen der schwebenden Schulden bewirkt.

Deren Konsolidierung wurde zur gebieterischen Notwendigkeit. Die Verwirklichung des Planes, die schwebenden Schulden durch eine Anleihe, die in den Niederlanden selbst und in Niederländisch-Indien begeben werden sollte, abzudecken, stieß auf Schwierigkeiten. Wohl hatte die Regierung die Ermächtigung erhalten, eine Anleihe von 250 Mill. fl in Holland selbst aufzunehmen. Der Zustand des Geldmarktes, der Konjunkturrückgang, und nicht zuletzt eine recht scharfe Preßkampagne gegen die „finanziell das Land mißregierende“ „verschwenderische“ Regierung, verhinderten es, daß diese Anleihe auch in der Tat voll begeben werden konnte. Die Regierung versuchte es erst mit der Emission von 75 Mill. fl zu 7 % in den Niederlanden selbst. Dieser erste Abschnitt der Anleihe wurde überzeichnet. Als im Herbst 1921 die Regierung einen zweiten Abschnitt von 100 Mill. zu 6½ % in den Niederlanden und in Niederländisch-Indien zur Zeichnung auflegte, war der Anleihe ein Mißerfolg beschieden; es wurden nur 56 Mill. fl gezeichnet, wovon etwa ein Drittel in den Kolonien.

¹⁾ In diesem Zusammenhang sei erwähnt, daß der Staat der Niederlande nicht für die Anleihen Niederländisch-Indiens haftet.

Besondere Umstände — der Zeichnungstermin fiel in die Zeit nach der Beschlußfassung über Oberschlesien, der letzte Zeichnungstag fiel mit dem karlistischen Putsch zusammen — dürften den Mißerfolg verschärft, doch keineswegs allein verschuldet haben.

An zunehmende Neigung des Anlage suchenden Publikums, auf eine neue Anleihe zu zeichnen, ist nicht zu denken, und so mußte sich die Regierung entschließen, bei Amerika anzuklopfen. Die öffentliche Meinung stand diesem Beginnen nicht abweisend gegenüber, obwohl man sich ins Gedächtnis rief, welche Veränderung im Laufe weniger Jahre oder Monate eingetreten war: früher waren die Niederlande als Geld- und Kreditgeber aufgetreten, nun mußten sie selbst im Auslande Kredit in Anspruch nehmen; die Furcht vor einer Entwertung des Gulden gegenüber dem Dollar wurde wohl geäußert, war aber — und wohl mit Recht — nicht stark genug, um den Anleiheplan etwa fallen zu lassen.

Die Bedingungen, zu denen die Anleihe in Amerika abgeschlossen werden konnte, waren nicht ungünstig zu nennen. Obwohl der Minister, wie eingangs bemerkt, die Ermächtigung besaß, bis zu 7½ % Zinsvergütung zu bewilligen, konnte die Anleihe doch zu einem Kurse, Zinssatz und einer Laufzeit begeben werden, die bewirken, daß die Kosten der Anleihe nicht ganz 7 % erreichen. (6 % Verzinsung, 94½ % Emissionskurs, 25jährige Laufzeit, mit Ermächtigung für die Regierung, die Anleihe nach zehn Jahren jederzeit ganz oder teilweise al pari abzulösen.) Es scheint, daß die Begebung des ersten, 40 Mill. \$ umfassenden Abschnittes der Anleihe an ein unter der Führung der Guaranty Company of New York stehendes Konsortium dadurch erleichtert wurde, daß der Minister des Auswärtigen, Herr van Karnebeek, der die Niederlande in Washington vertrat, intervenierte, und daß man in Amerika es gewissermaßen nicht ungern sah, wieder einmal auch an ein „decent country“ Geld leihen zu können. Die Anleihe wurde am 3. 1. zur Zeichnung aufgelegt und am 6. 1. geschlossen. Der Umstand, daß die Zeichnung des verhältnismäßig kleinen Betrages mehrerer Tage bedurfte, läßt vermuten, daß die Anleihe beim breiten Publikum nicht ganz denselben Anklang fand, wie bei den Bankkreisen, die sich überzeugt hatten, daß Niederländisch-Indien sicher eins der kreditwürdigsten Länder ist, das, wie hier hervorgehoben sei, keinerlei ungedeckte Schulden besitzt.

Die schwebenden Schulden Niederländisch-Indiens betrugen Ende 1921 rund eine halbe Milliarde fl, davon 320 Mill. an das Mutterland, während ein erheblicher Betrag in Form von 4 % indischen Schatzscheinen mit einjähriger Laufzeit aufgenommen ist.

Über die Entwicklung der indischen Staatsfinanzen in dem Zeitraum von 1908—1922 unterrichten die nachstehenden, den „Economisch-Statistischen Berichten“ entnommenen Zahlen:

Ordentliche Ausgaben (in Mill. fl.)			
Dienstzweig	1913/17	1918/22	mehr um
Reisekosten von und nach Indien usw.	11,8	76,8	65,0
Verschiedenes	21,3	168,1	146,8
Wartegebühren usw.	37,3	62,7	25,4
Landesverteidigung	337,5	583,9	246,4
Polizei	48,4	90,9	42,5
Gefängniswesen	14,2	33,8	19,6
Öffentliche Bauten	131,2	181,1	49,9
Unterricht	77,2	160,6	83,4
Hygiene	48,1	75,4	27,3
Ackerbau, Handel und Gewerbe.....	12,9	24,2	11,3
Allgemeine Verwaltung	20,8	33,2	12,4
Inneres	61,8	77,1	15,3
Rechtswesen	15,6	20,6	5,0
Zinsen und Tilgungen	47,6	205,7	158,1
Zusammen	885,7	1794,1	908,4

Ordentliche Einnahmen (in Mill. fl.)			
Dienstzweig	1913/17	1918/22	mehr um
Einkommensteuer	65,0	175,4	110,4
Kriegsgewinnsteuer	—	43,0	43,0
Kolonialartikelsteuer	—	157,2	157,2
Einfuhrzölle	119,8	233,6	113,8
Anfuhrzölle	12,5	46,2	33,7
Verbrauchsabgaben	59,9	95,0	35,1
Ertrag aus Grundbesitz	108,7	120,3	11,6
Stempelabgaben	12,6	34,5	21,9
Grundsteuer	16,6	26,3	9,7
Terrainverkäufe	12,1	17,2	5,1
Bergwerkskonzessionen usw.	6,0	8,7	2,7
Opium	138,3	177,4	39,1
Pfandleihen	32,4	42,7	10,3
Salz	42,3	53,5	11,2
Kolonialerzeugnisse	151,9	215,2	63,3
Staatliche Betriebe	80,6	132,9	52,3
Hafen- und Baggerdienst	3,2 ¹⁾	9,6	6,4
1) 1914/1917. Zusammen	858,7	2588,7	730,0

Insgesamt beträgt das Defizit im indischen Staatshaushalt für die elfjährige Periode 1912/22 rund 1154,5 Mill. fl. Hiervon kommen gut 805 Mill. auf Rechnung produktiver außerordentlicher Auslagen. Von dem hiernach verbleibenden Defizit entfallen 109,5 Mill. auf Ausgaben für die Lebensmittelversorgung, auf deren Wiedereingang gerechnet werden darf. Es verbleiben somit noch 240 Mill. fl., wovon wieder 100 Mill. auf rückständige Steuern und weitere rund 30 Mill. auf verschiedene andere Ausgaben (Flottenausdehnung usw.) entfallen; bei Abzug dieser gelangt man zu einem tatsächlichen Defizit von 107 Mill. in elf Jahren gegenüber dem obigen formalen von 1154,5 Mill. fl. Die Steigerung der Ausgaben scheint nicht für eine „unverantwortlich leichtsinnige“ Gebahrung der Regierung zu sprechen. Sie beträgt nur 102,6 % in der Periode 1918/22 gegenüber 1913/17, bei der Beurteilung welcher Zahlen man aber auch die in Indien wie anderwärts gesunkene Kaufkraft des Geldes, wie die mit der weiteren wirtschaftlichen Erschließung Indiens gepaart gehenden Kosten berücksichtigen muß. Die Hauptschuld der Regierung liegt offenbar nicht in allzu bereitwilligem Geldausgeben, als in nicht genügend energischer und rascher Sorge für die entsprechenden Einnahmen, die in den beiden genannten Perioden nur um 85,1 % stiegen. Schließlich ist noch zu berücksichtigen, daß in obigen Ausgaben alle Kosten stecken, die mit dem Krieg in Zusammenhang stehen und daß darüber hinaus für über 800 Mill. fl. dauernde und produktive Werke und Anlagen geschaffen wurden.

Die Besitztümer Indiens an Unternehmungen und dauernden Anlagen übertreffen, wie in den „Econ. Stat. Berichten“ ausgeführt wird, bei weitem den Betrag der Schulden (vgl. über deren Höhe „W.-D.“ Nr. 44 v. 4. 11. 21). Indien hat keinen Cent

ungedekte Schulden und bildet in dieser Hinsicht wohl eine Ausnahme in der ganzen Kulturwelt. Wenn nichtsdestoweniger Indien vergeblich im eigenen Kreise um Geld bitten und sich unter schweren Bedingungen ans Ausland wenden muß, dann müssen wir dies einer Unkenntnis der wirklichen Verhältnisse zuschreiben, wodurch die Möglichkeit unrichtiger und ungünstiger Urteile entstand. — Der indische Staatshaushalt ist sparsam betrieben; Indien und der indische Staat sind reich. Die bestehenden Schwierigkeiten sind ausschließlich durch eine zu späte und schlechte Beseitigung unvermeidlicher Kriegsfolgen verursacht.

An dem Gedanken der Gewinnanteilkassen für die heimische Bevölkerung — siehe „W.-D.“ Nr. 44, S. 600 — hält die Regierung trotz des starken Widerstandes von den verschiedensten Seiten offenbar immer noch fest. So ließ sie im „Volksraad“ erklären, daß sie überzeugt wäre, daß wegen der Gewinnanteilkassen kein Kapital aus Indien sich zurückziehen oder von Indien wegbleiben würde. Demgegenüber wird in einem Bericht der Industrie behauptet, daß die Gewinnanteilkassen, „abgesehen von ihrem grundsätzlich unrichtigen Aufbau noch Zuschläge auf die kaum in Kraft getretenen neuen Steuern darstellen und damit eine neue und sicher nicht unbedeutende Last auf die Kulturen und die Industrie legen“. „Es ist vielen bekannt, daß ein niederländischer Gesandter den damaligen Generalgouverneur aufmerksam gemacht hat, daß ein kräftiger ausländischer Konzern bereit war, einen Betrag von ungefähr 50 Mill. fl. in einer Kautschukfabrik und in Kautschukpflanzungen an der Ostküste von Sumatra anzulegen. Das Mißtrauen dieses Konzerns in die Finanzpolitik der Regierung und ihre Steuerpläne hielt ihn davon zurück; er ließ sich in Kalifornien nieder. Eine andere ausländische (amerikanische) Gruppe hatte die Absicht, in Sumatra fünf Ölpalmenunternehmungen zu gründen, die mit je ungefähr 3 Mill. fl. arbeiten sollten. Auch sie sah hiervon wegen der Steuerpläne ab und ließ sich in Salakka nieder. Adrien Hallet, der bekannte Leiter belgischer und französischer Unternehmungen, gab, eben von einer Inspektionsreise zurückgekehrt, die entschiedene Absicht kund, von jedem weiteren Interesse an indischen Kulturen abzusehen. Er zeigte sich äußerst erstaunt über den Mangel an Unterstützung, den seine Unternehmungen von seiten der indischen Regierung erfuhren. Während überall die Löhne der Kulis herabgesetzt wurden, zwang das Eingreifen der Regierung auf Sumatra zur Erhöhung. Die Steuern hielt er für unerträglich namentlich im Hinblick auf die Krisis. Unter diesen Umständen sieht Hallet von jeder Ausdehnung auf Sumatra ab und ist entschlossen, sein ganzes Interesse den Straits und Cochinchina zuzuwenden.“ Man wird gut tun, auch diese Äußerungen zu vermerken, dabei aber nicht aus dem Auge verlieren, daß sie aus Interessentenkreisen stammen.

Für Java und Madura liegen die Ein- und Ausfuhrziffern der ersten neun Monate 1921 vor. In dieser Zeit betrugen die ein- und ausgeführten Gütermengen (der wichtigsten Artikel) in 1000 Maßeinheiten:

Einfuhr:		Jan./Sept.		Jan./Sept.	
Petroleum und	1920	1921	1920	1921	
Petroleumprod.: 1	13 125	28 185	Mehl. kg	26 135	19 963
Leuchtöl ..	1	1	Kunstdünger „	70 296	41 933
Schmieröl kg	2 839	15 865	Öl aller Art . 1	1 811	676
Autoreifen . St.	163	172	Reis aller Art kg	7 433	426
Bier aller Art l	4 025	5 254	Fahrräder .. St.	12	18
Butter, Nat.- kg	1 858	1 789	Fahrräder if.	474	240
„ Kunst- „	67	109	Steinkohlen „ t	113	381
Zement... Faß	568	389	Stahl u. Eisen-		
Kognak..... l	186	232	stäbe, Blech		
Käse..... kg	301	386	usw. kg	37 284	55 586
Baumwollwaren:			Wellblech.. „	12 906	2 402
roh, ungl. fl.	29 867	20 176	Drahtstifte Faß	97	121
gebleicht. „	57 009	46 329			

Ausfuhr:		1920	1921
Erdnüsse, geschält u. ungesch. kg	Januar/Sepbr. 1920 10 953	Kaff.(Liberia)kg 152 31 462	66 14 491
Petrol. und Petroleumprod.:	1921 8 330	" (Robust.) „ 1 338	2 565
Rückstnd. l	24 863	Kokosöl... l 46 877	30 308
Schmieröl kg	2 888	Ölkuchen kg 39 034	8 232
Paraffin.. „	2 073	Pfaffer... „ 6 552	9 410
Kakao „	685	Spiritus... l 12 283	5 162
Kautschuk „	23 671	Zucker. kg 1 082 448	1 111 644
Kopra „	39 980	Tabak:	
Häute (Kuh, Büffel usw.) „	4 578	Krossok. kg 17 169	7 324
Chinarinde „	3 310	Blatt.... „ 69 331	21 063
Chinin.... „	235	Tapioke (dlv.) „ 57 379	48 578
Kaffee (Java) „	1 867	Tee..... „ 33 300	21 755
		Zinn..... „ 10 946	8 650
		Kapok... „ 9 027	11 722
		Sisalhanf. „ 10 612	9 413

Über die für die wichtigsten indischen Kolonialprodukte im abgelaufenen Jahre geltenden Preise unterrichtet nachstehende Übersicht, der auch die leztbekannte Notierung aus 1922 beigelegt ist.

Preise einiger wichtigerniederl.indischer Kolonialprodukte:						
Artikel	Platz	Usance	tieftste Notizg.	höchste Notizg.	letzte Notizg.	letzte (18./1.) Notizg.
Kaffee... Amsterdam	ct je 1/2 kg			1921		1922
Robusta	fob		29	31	30	30
Santos	loko		35	38	38	38
Kopra.. Batavia	fl je Pikul		13 1/2	20	—	—
Petroleum New York						
Pennsylv.-Rohöl....	\$ je Faß		2,25	6,10	4,—	3,25
Raff. in Kisten....	\$ct je Gall.		16,50	26,50	18,50	17,50
Rubber.. Amsterdam	ct je 1/2 kg					
Standard crêpe			37 1/2	77	60 1/2	54 1/2
Smoked sheet			37	71	61 1/2	55
Zucker, roh, d/ Europa	London s je ♂		14/9	43/—	17 6	18/—
„ zentrifug. .. New York	\$ct		3,36	6,27	3,36	3,64
Zinn, Banka. Amsterdam	fl je 50 kg		91	125 7/8	99 1/2	97

Hinsichtlich der Hauptartikel wäre folgendes zu bemerken: Zucker. Nachdem in den Verkäufen der V. I. S. P. während längerer Zeit ein vollständiger Stillstand herrschte, ist seit einigen Tagen wieder von größeren Verkäufen die Rede. Die Preise für Superieur stellen sich auf 11 fl je Pikul. Insgesamt belaufen sich die Verkäufe der V. I. S. P. aus der neuen Ernte 1922 auf etwas über 5 Mill. Pikuls; da die Börse annimmt, daß es gelungen ist, die Produktionskosten weit unter diesen Preis herabzudrücken — mit welcher Berechtigung, steht dahin — haben in den letzten Wochen Zuckerwerte an der Amsterdamer Börse eine ziemliche Steigerung erfahren.

Die Ernteschätzungen für die der V. I. S. P. angeschlossenen Fabriken, etwa 9/10 der Javazuckerproduktion umfassend, lauten: Superieur 13 020 000, Superieur II 310 000, Kanalzucker und Muskovado 10 556 000 und Melasse 261 000 Pikuls. Die Verkäufe der V. I. S. P. aus der Ernte 1921 haben betragen: Totalbetrag der Ernte 24 290 000 Pikuls; hiervon Superieur 13 388 000, Kanalzucker 6 620 000 und Muskovado 3 510 000 Pikuls, Rest Melasse usw. Der höchste Preis für Zucker aus dieser Ernte betrug 50 fl je Pikul (Juni 1920), der tiefste 11 fl (Juni 1921).

Was Kautschuk betrifft, so ist die freiwillige Produktionseinschränkung für weitere sechs Monate noch nicht von einer genügenden Mehrheit der bei der Rubber Growers' Association angeschlossenen Pflanzler angenommen worden. Indessen wird erwartet, daß noch im Laufe dieses Monats die fehlenden Zustimmungserklärungen eintreffen. Anfangs dieses Monats weilte der Kolonialsekretär der Malaiischen Staaten auf Java, um die Zustimmung der Javaproduzenten zu diesem Plane zu erlangen. Ein definitiver Beschluß ist noch nicht bekannt geworden.

Kennzeichnend für die ungünstige Lage der Kautschukpflanzungen im abgelaufenen Jahre ist eine Mitteilung der Allg. Vereinigung der Rubberpflanzler an der Ostküste von Su-

matra „Avros“, daß vom 1. 1. bis 30. 9. 21 durch Vermittlung des Auswandererbureaus 23 368 Arbeiter nach Java zurückkehrten, während nur 5933 von dort ankamen. 1920 waren die entsprechenden Ziffern: 9030 Rück- und 17 768 Einwanderer.

Die Ausfuhr von Kautschuk aus Java und Belawan betrug einer privaten Statistik zufolge

im November 1921...	5816 t	Janr./Novbr. 1921...	44 108 t
„ „ 1920...	5543 „	„ „ 1920 ..	49 500 „

Die Kautschukproduktion der wichtigsten Gesellschaften im abgelaufenen Jahre stellt sich folgendermaßen dar:

Produktion der größten Unternehmungen (in 1000 Pfund je 1/2 kg):

	Januar/Dezember 1921	1920
Sumatra Rubber Cultuur Mij.....	492	540
Sumatra Caouthouc Mij.....	1226	1375
Padang Rubber Mij.....	301	261
Ver. Indische Rubber Ondernemg.....	1021	1130
Cultuur Mij. „Waringin“.....	214	289
Preanger Rubber Mij.	215	288
Banjoewangi Thee- en Rubber Cult. Mij. ...	184	215
Zuid-Preanger Rubber Mij.	330	412
Rubber Mij. Pijbantjet	115	140
Amsterdam Bedagei Tabak Comp.....	212	195
Sté. Internat. de Plant. et de Fin. (5 Gesellsch.) &	2705	—
Sté. Financière des Caoutchoucs (7 Gesellsch.) Jan./Nov. 1921	6808	—
Kautschukunternehmungen der Regierung Jan./Nov. 1921.....	1411	—
Alg. Belg. Jav. Cult. Mij. Jan./Nov. 1921 ..	417	502
Belg. Ned. Cult. Mij. „ „ ..	513	779
Cult. Mij. Bejabang „ „ ..	318	494
Rubber Mij. „Baslam“ „ „ ..	457	449
Cultuur Mij. „Surnomangun“ „ „ ..	300	302

Eine Anzahl französischer in Niederländisch-Indien arbeitender Gesellschaften (Gesamtkapital = 115 Mill. fl) hat ein gemeinschaftliches Ersuchen an den Kolonialminister gerichtet, des Inhaltes, daß die Einkommensteuer nicht erhöht, die Ausfuhrabgabe so rasch als möglich abgeschafft und die Gewinnanteilkassen nicht eingeführt werden.

Von Petroleum ist der Rückgang des Preises in New York zu berichten. Da die Kammern das neue indische Tarifgesetz angenommen haben, wird bis auf weiteres auch auf Petroleum noch ein 25 %iger Zuschlag auf die in 1921 erhöhten Ausfuhrabgaben erhoben. Allerdings sollen dieser Zuschlag und die ganzen bestehenden Ausfuhrabgaben aufhören, sobald die neue Form der Besteuerung dieses Artikels, für die sich die Regierung einsetzt, angenommen sein wird. Einstweilen befinden sich die entsprechenden Gesetzesveränderungen noch im Stadium der Vorbereitung.

Tabak. Bemerkenswert ist, daß nach längerer Zeit wieder einiges Interesse für Javatabak zu bemerken war, der gegenüber dem hochwertigen Sumatratatabak in all den Jahren stark vernachlässigt war. Die für Javatabak angelegten Preise waren verhältnismäßig günstig.

Tee. Auch für Tee machte sich lebhaftere Nachfrage geltend. Dies hauptsächlich darum, weil man erwartet, daß Rußland wieder in die Weltwirtschaft einbezogen werden und ein großer Abnehmer für Tee sein wird.

Die Tätigkeit der Stinnesgruppe in Niederländisch-Indien scheint immer umfangreicher zu werden. Niederlassungen sollen zunächst in Cheribon und Bandung errichtet werden. In letzterem Orte soll der Stinneskonzern der Gemeinde eine mehrere Millionen fl betragende Anleihe zu dem billigen Satze von 6 % angeboten haben unter der Bedingung, daß alle Bauten usw. der Gemeinde durch den Konzern ausgeführt werden.

In Bandung selbst wird im Oktober dieses Jahres eine große indische Messe eröffnet, nachdem bereits im vorigen Jahre daselbst eine solche mit Erfolg abgehalten worden ist.

Schließlich sei als wichtige politische Nachricht die Errichtung eines ziemlich radikal gesinnten „Komitees für die Autonomie Indiens“ verzeichnet, dem auch verschiedene einheimische Regenten sich angeschlossen hatten. — Der Generalgouverneur hat dem Komitee in einer Audienz mit-

geteilt, daß die Regierung mit seinen Bestrebungen nicht sympathisieren könnte, da die eben in der Zweiten Kammer angenommene Änderung der Verfassung an und für sich den Interessen Indiens sehr entgegenkommt und eine volle Autonomie vorbereitet, und überstürzte Maßnahmen auch hier ungeeignet erscheinen. Auf Grund dieser Mitteilungen traten die einheimischen Regenten aus dem Komitee aus, und es bleibt abzuwarten, welche Taktik dieses nunmehr zur Durchsetzung seiner Wünsche einschlagen wird.

Dr. Willh. Maufner

Geld und Kapital

Intervalutarische Kurse

Hamburg

	Parität	25. 1.	26. 1.	27. 1.	28. 1.	30. 1.	31. 1.
	M.	M.	M.	M.	M.	M.	M.
Wien.....100 K neu.	85,-	5 — 6	5 — 6 ^{1/8}	5 ^{1/4} — 6 ^{1/4}	5 ^{1/4} — 6 ^{1/4}	5 ^{3/4} — 6 ^{3/4}	6 ^{3/4} — 7 ^{3/4}
Budapest.....100 K.....	85,-	27 ^{1/4} — 28 ^{1/4}	27 ^{1/4} — 28 ^{1/4}	28 — 29	28 ^{1/2} — 29 ^{1/2}	29 ^{1/4} — 30 ^{1/4}	29 ^{3/4} — 30 ^{1/2}
Prag.....100 K.....	85,-	375 ^{1/2} — 381 ^{1/2}	363 — 379 ^{1/2}	387 — 399	388 — 395	390 — 402	383 — 392
Amsterdam.....100 fl.....	168,75	7320 — 7530	7295 — 7405	7345 — 7430	7370 — 7442 ^{1/2}	7465 — 7542 ^{1/2}	7420 — 7492 ^{1/2}
Kopenhagen.....100 Kr.....	112,50	4025 — 4105	4005 — 4030	3995 — 4055	3980 — 4017 ^{1/2}	4045 — 4105	4025 — 4085
Stockholm.....100 Kr.....	112,50	5015 — 5115	4985 — 5040	5000 — 5070	5020 — 5045	5095 — 5145	5075 — 5110
Kristiania.....100 Kr.....	112,50	3145 — 3240	3150 — 3180	3115 — 3185	3120 — 3180	3170 — 3245	3155 — 3205
Helsingfors.....100 F.M.....	81,-	363 — 382	365 ^{1/2} — 377	375 ^{1/2} — 387 ^{1/2}	396 — 402	410 ^{1/2} — 422	398 — 405
Zürich.....100 fr.....	81,-	3905 — 3992 ^{1/2}	3865 — 3935	3895 — 3940	3920 — 3960	3955 — 4030	39 2 ^{1/2} — 3965
Madrid.....100 Pesetas.....	81,-	2985 — 3080	2970 — 3030	2995 — 3055	3032 — 3045	3037 ^{1/2} — 3087 ^{1/2}	3035 — 3080
Rom.....100 Lire.....	81,-	877 ^{1/2} — 901 ^{1/2}	875 — 892 ^{1/2}	882 ^{1/2} — 897 ^{1/2}	885 — 895	862 — 874	912 ^{1/2} — 932 ^{1/2}
Brüssel.....100 fr.....	81,-	1570 — 1610	1527 ^{1/2} — 1572 ^{1/2}	1517 ^{1/2} — 1572 ^{1/2}	1562 ^{1/2} — 1577 ^{1/2}	1587 ^{1/2} — 1612 ^{1/2}	1557 ^{1/2} — 1612 ^{1/2}
Paris.....100 fr.....	81,-	1607 ^{1/2} — 1677 ^{1/2}	1627 ^{1/2} — 1652 ^{1/2}	1622 ^{1/2} — 1662 ^{1/2}	1637 ^{1/2} — 1660	1667 ^{1/2} — 1687 ^{1/2}	1667 ^{1/2} — 1682 ^{1/2}
London.....1 £.....	20,42	846 ^{1/2} — 866	843 — 853 ^{1/2}	847 — 858	849 — 858 ^{1/2}	900 — 915	860 — 865
New York.....1 \$.....	4,20	201 — 205 ^{1/4}	199 ^{3/4} — 202	200 ^{3/4} — 203 ^{3/4}	200 ^{1/4} — 201 ^{3/4}	200 ^{3/4} — 205 ^{3/4}	200 ^{3/4} — 202 ^{1/4}
Buenos Aires.....1 Peso P.....	0,85	67 — 71	69 — 72	68 ^{1/2} — 72 ^{1/2}	71 — 74	73 — 76	73 — 76
Rio de Janeiro.....1 Milreis.....	1,36	25 — 28	22 ^{1/2} — 24 ^{1/2}	—	24 ^{1/4} — 27 ^{1/4}	25 — 27 ^{1/2}	24 ^{1/2} — 27

	Parität	Berlin	Wien	Amsterd.	Kopenh.	Stockh.	Zürich	Paris	London	New York
	M.	M.	K	fl	Kr	Kr	fr	fr	1)	\$
Berlin.....100 M.....	100,-	—	3 684,50	1,39	2,50	1,98	2,55	5,94	859,50	0,49 ^{5/8}
Wien.....100 K neu.	85,-	7 ^{1/4}	—	0,09 ^{1/2}	—	—	0,19	—	14 750,-*	—
Budapest.....100 K.....	85,-	29,75	—	—	—	—	77,50	—	2 850,-*	—
Prag.....100 K.....	85,-	387,50	14 447,-	—	—	—	9,90	—	216,-*	1,94*
Agram.....100 Dinare.....	81,-	—	9 770,-	—	—	—	1,65	—	320,-*	—
Amsterdam.....100 fl.....	168,75	7450,-	274 450,-	—	183,50	146,25	188,50	443,50	11,57	36,85
Kopenhagen.....100 Kr.....	112,50	4072,50	148 975,-	54,74	—	80,-	103,25	—	21,26 ^{1/2} *	19,90*
Stockholm.....100 Kr.....	112,50	5125,-	—	63,80	126,-	—	128,75	—	16,90*	25,07*
Kristiania.....100 Kr.....	112,50	3190,-	—	43,-	79,-	62,90	80,75	—	27,04*	15,65*
Helsingfors.....100 F.M.....	81,-	403,-	—	—	10,-	8,15	—	—	217,50*	—
Zürich.....100 fr.....	81,-	3940,-	145 975,-	21,54 ^{1/2}	97,40	77,25	—	233,25	21,55	—
Madrid.....100 Pesetas.....	81,-	3060,-	—	41,07 ^{1/2}	—	—	77,50	181,75	28,17 ^{1/2}	—
Rom.....100 Lire.....	81,-	920,-	33 190,-	12,48	—	—	23,42 ^{1/2}	55,25	92,75	4,48*
Brüssel.....100 fr.....	81,-	1600,-	—	52,80	39,40	31,40	40,40	95,62	53,85 ^{1/2}	—
Paris.....100 fr.....	81,-	1677,-	61 480,-	22,40	41,25	32,80	42,55	—	51,47 ^{1/2}	—
London.....1 £.....	20,42	862,50	31 790,-	11,77 ^{1/2}	21,20	16,88	21,93	51,29	—	8,30
New York.....1 \$.....	4,20	201 ^{1/8}	7 373,-	2,70 ^{1/2}	4,96	3,94 ^{1/2}	5,13	11,97	4,27 ^{1/2}	4,27 ^{1/8}
Buenos Aires.....1 Peso P.....	0,85	73,25	—	—	—	—	1,90	—	—	—

Wien.....30. 1. 233,-

Prag.....30. 1. 150

London.....28. 1. 14 000

1) Die Notierungen in London werden angegeben in ausländischen Einheiten für 1 £.

*) Notierung vom 28. 1.

Auszahlung Warschau:

in Berlin	31. 1.	6,10
„ Wien	30. 1.	233,-
„ Prag	30. 1.	1,50
„ Zürich	31. 1.	0,18
„ London	28. 1.	14 000

Moskau, amtlicher Kurs 24. 1. ... 1 M.=1200 Rbl. (vorher 1100)

Freiverkehr.....1 M.= bis 3000 Rbl.

Rio de Janeiro.....	30. 1.	1 Milr. = 25,- M
Buenos Aires.....	27. 1.	1 argent. Goldpeso = 162,- M
Valparaiso.....	28. 1.	1 Peso = 18,52 M
Mexico.....	30. 1.	1 mex. Goldpeso = 96,- M

Wertstand in Hundertteilen des Friedensstandes:

	Amsterd.	Kopenh.	Stockh.	Zürich	New York
	31. 1.	31. 1.	31. 1.	31. 1.	31. 1.
Reichsmark.....	2,35	2,81	2,23	2,07	2,08
Dt. österr. Krone.....	0,19	—	—	0,18	—
Französ. Frank.....	46,67	57,29	45,56	42,55	43,03
Pfund Sterling.....	97,23	116,74	92,95	86,95	87,79
Dollar.....	108,63	132,98	105,76	99,03	—

Entwertungszahl*)

	Amsterd.	Kopenh.	Stockh.	Zürich	New York
Deutschland 31. 1.	44,12	36,20	45,51	48,64	47,89
Österreich 30. 1.	1386,11	1208,62	—	1532,87	1492,51
Frankreich 31. 1.	2,13	—	—	2,33	2,31
England 31. 1.	0,96	1,17 ^{1/4}	0,93 ^{1/4}	0,85	0,88
Ver.Staaten 31. 1.	0,92	0,74 ^{1/4}	0,94 ^{1/4}	—	—

*) Die Entwertungszahl gibt an, das Wievielfache des Friedenskurses einer Auslandswährung ihr gegenwärtiger Kurs beträgt. 1) Kurs v. 28. 1.

Geldmarkts-Sätze.

	Tägliches Geld	Monatsgeld
Berlin	—	—
23. 1.	etwa 4 ^{1/2}	—
24. 1.	4 ^{1/2}	—
25. 1.	—	—
26. 1.	4 ^{1/4}	—
27. 1.	4 ^{1/4} — 4 ^{1/2}	5 ^{1/2} — 5
28. 1.	—	—
30. 1.	über Ultimo 5 ^{3/4} — 4 ^{1/2}	5 — 5 ^{1/2}
31. 1.	4 ^{1/2}	—

London	Tägliches Geld	Privat-Diskont (3 Monatsw.)	Handelswechsel (3 Monate)	Sofia	6 1/2 %	14. 6. 19	Paris	5 1/2 %	28. 7. 21
21. 1.	3 1/2 - 4	3 11/16 - 3/4	4 1/2 - 5	Athen	6 1/2 %	15. 5. 20	Stockholm	5 1/2 %	19. 10. 21
23. 1.	3 1/2 - 4	3 11/16 - 3/4	4 1/2 - 5	Moskau	6 %	29. 7. 14	Berlin	5 %	23. 12. 14
24. 1.	3 1/2 - 4	3 11/16 - 3/4	4 1/2 - 5	Kristiania	6 %	29. 1. 22	London	5 %	3. 11. 21
25. 1.	3 - 3 1/2	3 11/16 - 3/4	4 1/2 - 5	Rom	6 %	11. 5. 20	Brüssel	5 %	19. 5. 21
26. 1.	3 - 3 1/2	3 11/16	4 1/2 - 5	Madrid	6 %	4. 11. 20	New York F.R.B.	4 1/2 %	2. 11. 21
27. 1.	3 - 3 1/2	3 5/8	4 1/2 - 5	Bukarest	6 %	4. 9. 20	Amsterdam	4 1/2 %	1. 7. 15
28. 1.	3 1/2 - 3	3 9/16	4 1/2 - 5	Prag	5 1/2 %	16. 8. 21	Schweiz	4 %	11. 8. 21
30. 1.	3 1/2	3 9/16	4 1/4 - 5	Kopenhagen	5 1/2 %	5. 11. 21			
New York	19. 1.	26. 1.	30. 1.	Londoner Notierungen überseeischer Kurse					
tägliches Geld	4 1/2	4 1/2	5	Pari					
Bankwechsel FRB fähig				Alexandrien, £:	97 1/2 Pst	21. 1.	28. 1.		
Mitglieder (3 Monatswechsel)	4	4 1/8		Bombay Rup.:	24 d	97 1/2 Pst	97 1/2 Pst		
Nichtmitglieder	4 3/8	4 3/8		Hongkong, \$:	—	1 s 3 1/8 - 7 d	1 s 3 1/8 - 7 d		
(3 Monatswechsel)				Schanghai, Tael:	—	2 s 7 - 7 3/4 d	2 s 7 - 7 3/4 d		
Handelswechsel (3 Monate)	4 3/4	4 3/4		Singapore, \$:	—	3 s 5 1/2 - 7 d	3 s 6 - 7 d		
				Yokohama, Yen	24,58 d	2 s 3 3/4 - 7 3/4 d	2 s 3 3/4 - 7 3/4 d		
				Montev. T. T., \$:	51 d	2 s 3 - 3 1/4 d	2 s 2 1/2 - 3 d		
				Rio de Jan., Mil.:	27 d	4 1/2 - 5 d	4 1/2 - 5 d		
				Buen. Air. T. T., \$:	47,58 d	—	7 1/2 - 8 d		
				Valpar. 90 T., £:	13 1/2 Pst	43 1/2 - 44 d	46 - 46 3/8 d		
				Mexiko, \$:	24,58 d	45 S	—		
						27 1/2 - 29 1/2 d	27 1/2 - 29 1/2 d		
									× Kurs vom 27. 1.

Neugründungen und Kapitalserhöhungen von A.-G. im Dezember 1921 (Siehe Nr. 3 v. 14. 1.)

Namen, Ort	Betrag in 1000 Mk.	Ausgabe- kurs in %	Namen, Ort	Betrag in 1000 Mk.	Ausgabe- kurs in %	Namen, Ort	Betrag in 1000 Mk.	Ausgabe- kurs in %
Maschin.-u. Armaturenfabr., Eisengieß. usw.			J. C. Hedemann A. G., Badberg.	300	109	Süddeutsche Drillmaschinen-		
Kapitalserhöhungen			Hille Werke A. G., Dresden.	3200	31)	werke A. G., Spandau	495	100
A. G. Mühlenbauanstalt u. Ma-			Hohenzollern A. G. für Loko-			Südteutsche Schmirgelwerke		
schinenfabrik vorm. Gebr.			motivbau, Düsseldorf	18000	100	A. G., Memmingen	1500	100
Seck, Dresden	10000	110	G. Kärger Fabr. f. Werkzeug-			Titaniawerk A. G., Berlin	1400	170
A. G. vorm. Seidel & Naumann,			maschinen A. G., Berlin	2500	150	Union-Gießerei in Continen		
Dresden	5000	152 1/2	Kleinantrieb A. G., Greiz	1000	105	bei König-berg	1500	100
Amme Giesecke & Koenigen			Oscar Köhler A. G. f. Mechanik-			Ver. Eisenhütten- u. Maschin.		
A. G., Braunschweig	12000	110	Industrie, Berlin	600	180	bau A. G., Barmen	10300	31)
Asbern Maschinenfab. A. G.,			Landwirtschaftl. Maschinen-			Waggonfabrik Jos. Rathgeber		
Angsburg	2000	100	fabrik A. G., Eisenach	3000	150	A. G., München	4400	35)
Autowerke Peter & Moritz			Mag. Maschinenfabrik A. G.,			Wilhelmshütte A. G. für Ma-		
A. G., Zeitz	750	105	Geislingen	2400	100	schinenbau u. Eisengießer.,		
Badische Motor u. Lokomotiv-			Malmedie & Co. Maschinen-			Enau-Wilhelmshafen	5500	36)
werke A. G., Mosbach	10000	100	fabrik A. G., Düsseldorf	4000	113			
Bayer. Landmaschinenf. A. G.,			Maschin. u. Fahrzeugf. Alfeld-			Schiffsbauanstalten		
Mittenberg, Aschaffenburg	2000	108	Dellingsen A. G., Alfeld	2000		Kapitalserhöhungen		
Berl. Maschinenb. v. Schwartz-			Maschinenbau u. Metalltuch-			Elstfether Werft A. G., Elstfeth	1050	100
koiff A. G., Berlin	54000	25)	fabrik A. G., Ragnm.	1000	110	Niske & Co., Schiffsw. rft,		
Böbl. Werft A. G., Böblingen	6000	100	Maschinenf. Badenia v. Ww.			Kesselschmiede und Masch.		
Büchner Werke A. G., Berlin	2000	26)	Platz Söhne A. G., Weinheim	6000	100	bananst. A. G., Stettin	6360	37)
Bühning A. G., Landsbg., Halle	500	100	Maschinenfabrik Hiltmann &			Oertz Werft A. G., Hamburg-		
Centralheizungswerke A. G.,			Lorenz A. G., Aue	3000	100	Nenhof	10000	100
Hannover	2625	160	Maschinenf. u. Mühlenbananst.			Schiffswerft u. Maschinenfab.		
Dampfkesselfabrik v. Arth.			G. Luther A. G., Braunsch.	4000	100	Hamburg vorm. Janssen u.		
Rodberg A. G., Darmstadt	4200	120	Motorenfab. Oberursel A. G.,			Schmilinsky, Hamburg	14000	38)
Eisenbahn Material Leihanst.			Oberursel	5250	190			
A. G., Berlin	35000	140	Maschinenfab. Sangerhausen			Fabriken f. Uhren, Feinmechanik, Optik usw.		
Eisengießerei u. Maschinenfab.			A. G., Sangerhausen	6000	100	Neugründungen		
J. Roth A. G., Ludwigshaf.	900	27)	Mühlenbauanst. u. Maschinenf.			A. G. f. Schreib. masch. u. Fahr-		
Eisengießerei u. Schloßfabrik			vorm. Gebr. Seck, Dresden	10000	110	radfabrik, Frankfurt	4300	100
A. G., Velbert	1000	100	Optima Maschinenfab. A. G.,			Nähmasch. u. Fahrradbedarf		
Eisenw. Brünnner A. G., Atern	1000	28)	Sindelfingen	3300	32)	A. G., Dresden	500	100
Frankf. Maschinenb. A. G. v. m.			Orenstein & Koppel A. G.,			Uhrenfabrik Badenia A. G.,		
Pokorny & Wittekind, Frankf.	6000	29)	Berlin	68000	100	Villingen	3000	100
Ernst Grumbach & Sohn,			Pommersche Eisengießerei u.			Kapitalserhöhungen		
Freiberg	2500	100	Maschinenfab. A. G., Stral-			Agema, A. G. f. elektromedizin.		
Johannes Haag Maschinen- u.			sund Barth	3000	33)	Apparat. von Louis & H.		
Röhrenfab. A. G., Augsburg	2800	200	Otto Rath A. G., Berlin	2000	140	Loewenstein, Berlin	2000	130
Hugo Haase A. G., Hannover	1000	100	Sächsische Maschinenfab. v. m.			J. N. Eberle & Cie A. G., Augsb.	5500	39)
Max Hasse & Co. A. G., Berlin	2000	30)	Rich. Hartmann, Chemnitz	6000	100	Ernemann Werke A. G., Dresd.	7000	40)
Hansa Automobil u. Fahrzeug-			Schnellpressenfabrik A. G.,			Kochs Adlernähmaschinenw.		
werke A. G., Bremen	1500	100	Heidelberg	4200	100	A. G., Bielefeld	500	100
Hansa Lloydw. A. G., Bremen	36000	110	Sondermann & Stier A. G.,			Dr. Siegf. Guggenheimer		
Hansa Metallwerke A. G.,			Chemnitz	4000	175	A. G., Nürnberg	2000	160
Möhringen (Stuttgart)	1000	130				Schreibmaschinenf. Augsburg		
						A. G., Augsburg	1000	100

V = Vorzugsaktien. 25) 18 Mill. Mk. zu 115 %, 38 Mill. Mk. V zu 100 %. 26) 1500 000 Mk. zu 155 %, 500 000 Mk. zu 147 %. 27) 400 000 Mk. zu 115 %, 40 000 Mk. zu 149 %. 28) 100 000 Mk. V zu 100 %. 29) 500 000 Mk. zu 140 %, 500 000 Mk. V zu 100 %. 30) 4 Mill. Mk. zu 200 %, 2 Mill. Mk. zu 100 %. 31) 1 Mill. Mk. zu 200 %, 1 Mill. Mk. zu 207 1/2 %. 32) 2500 000 Mk. zu 162 1/2 %, 460 000 Mk. V zu 100 %. 33) 3 Mill. Mk. zu 120 %, 300 000 Mk. V zu 100 %. 34) 2500 000 Mk. zu 110 %, 500 000 Mk. V zu 115 %. 35) 5 000 000 Mk. zu 100 %, 4 700 000 Mk. zu 140 %. 36) 3 Mill. Mk. zu 100 %, 1 Mill. Mk. zu 80 %, 400 000 Mk. V zu 100 %. 37) 5 Mill. Mk. zu 132 %, 500 000 Mk. V zu 100 %. 38) 6 Mill. Mk. zu 120 %, 380 000 Mk. V zu 100 %. 39) 7 Mill. Mk. zu 110 %, 7 Mill. Mk. zu 122 1/2 %. 40) 4 Mill. Mk. zu 200 %, 1500 000 Mk. V zu 100 %. 41) 6 Mill. Mk. zu 105 %, 1 Mill. Mk. V zu 100 %.

Namen, Ort	Betrag in 1000 Mk.	Ausgabe- kurs in %
Musikwerke, Musikinstrumente		
<i>Kapitalserhöhungen</i>		
Carl Lindström A. G., Berlin	10000	182
Elektrotechnische Fabriken		
<i>Neugründungen</i>		
Adler, A. G. Fabrik elektr. Apparate, Hannover	2700	100
Elektron, A. G., Nürtingen	1500	100
Elektrobedarf, A. G. Dresden	2000	100
Kabelwerk Dortmund, A. G.		
Dortmund	1750	100
Nordd. Telefonfabrik A. G. Hamburg	1000	100
Telegraphen A. G., Berlin	12000	100
<i>Kapitalserhöhungen</i>		
Eisenmann Werke A. G., Stuttgart	3000	100
Düsch, Kabelwerke A. G., Berlin	22000	41)
Elektrotechnische Fabrik Max Schorch & Co., Rheinfeld	4500	190
Elektrizitäts A. G. Hydrarwerk, Berlin	1000	105
Langhain Pfannhauser Werke A. G., Leipzig	1500	100
Lech-Elektrizitäts Werk A. G., Augsburg	44000	42)
P. Wohlmuth & Co., A. G. Furtwangen	1500	150
Elektrizitätswerke		
<i>Neugründungen</i>		
Großkraftwerk Wurttemberg A. G., Heilbronn	20000	100
Itterkraftwerk A. G., Mosbach	15000	100
Neue Amperekraftwerke A. G., München	14000	100
Traunkraftw. A. G., Traunstein	1000	100
<i>Kapitalserhöhungen</i>		
Concordia, Elektrizitäts A. G., Düsseldorf	12000	100
Elektra, A. G., Dresden	15000	110
Elektr. Überlandzentrl. Oberhausen A. G., Oberhausen	550	100
Elektrizitätsw. Lahr A. G., Lahr	2000	107
Elektrizitätsw. Betriebs A. G., Riesa	1700	110
Elektrizitätswerk Liegnitz, Liegnitz	8700	125
Kraftw. West-sachsen A. G. frh. Zwickauer Elektrizitätswk., Zwickau	31000	43)
Niederschl. Elektriz. u. Kleinbahn A. G., Waldenburg	8000	107
Sächs. Elektrizität u. Straßenbahn A. G., Plauen	1500	44)
Überlandw. Oberiranken A. G., Bamberg	8000	105
Überlandzentrl. A. G., Stettin	5000	100
Fabriken für Chemikalien usw.		
<i>Neugründungen</i>		
A. G. Lignose Ost, Kattowitz	10000	110
A. G. f. Teerverwertg., Hamm	2000	150
Atlas, A. G. chem. Fabriken, Mülkau (Leipzig)	3000	100
Chem. Fabrik u. Extraktionswerke A. G., Varel	2200	108
Chem. Fabrik Weilendorf A. G., Weileendorf	2500	110
Deutsche chem. Werke A. G., Berlin, Berlin	1500	100
Issy, A. G. f. Parfümerie und Seifenfabrik, Altona	10000	100
St. phan Ketels A. G., Bremen	3000	100

Namen, Ort	Betrag in 1000 Mk.	Ausgabe- kurs in %
Lignum, chem. Fabrik A. G., Breslau	1000	100
Linkao, chem. Produkt. A. G., Berlin	1000	115
Gebr. Paul A. G., Chemnitz	1500	100
Wihe u. Weber A. G. Bremen, Bremen	3000	100
Wolwerke, chem. Fabriken A. G., Neuß	3000	100
<i>Kapitalserhöhungen</i>		
A. G. Lipsia, chem. Fabrik, Mng. la	1500	45)
A. G. Torsi, Hemelingen	600	110
Chem. Fabrik Helfenberg A. G. v. m. Engen Dietrich, Helfenb.	5000	130
Chemische Werke Michendorf A. G., Potsdam	1000	100
Max Hahn, chem. Fabrik A. G., Berlin	2000	100
Dr. Laboschin Hageda A. G., Fabrik chem. pharm. Prod., Berlin	5000	46)
Permutit A. G., Berlin	4000	102 1/2
Pharmazeutisch. Werk A. G., Barmen	1700	47)
Theodor Teichgräber A. G., Berlin	3000	125
Farben- und Bleistiftfabriken		
<i>Kapitalserhöhungen</i>		
A. G. f. Lackfabrikat, Hamm	1000	100
A. G. für Lithoponefabrikat, Triebes	4000	48)
Glasuritwerke M. Winkelmann A. G., Hamburg	10000	130
Metallpapier, Bronzefarben-, Blau- u. Gelb- A. G., Münch.	4250	49)
Thüring. Bleiweißfabr. A. G. v. m. Aut. Greiner Wwe., Max Buchholz & Co., Ob. rin.	400	100
Pulver-, Sprengstoff-, Zündwarenfabriken		
<i>Kapitalserhöhungen</i>		
A. G. Siegner Dynamitfabrik, Köln	450	100
Nordd. Sprengstoffwke. A. G., Hamburg	2000	118
Rhein. W. stf. Sprengstoff A. G., Köln	10000	316
Gaswerke		
<i>Kapitalserhöhungen</i>		
Allgem. Gas u. Elektrizitäts-gesellschaft, Bremen	2500	50)
Diamant, Gasglühlicht A. G., Berlin	500	100
Deutsche Continentale Gas-gesellschaft	33000	170
Öle, Seifen, Fette		
<i>Neugründungen</i>		
Fuldaer Wachswerke Eicken-scheidt A. G., Fulda	5000	100
Carl Rübsam Wachswarenfab. A. G., Fulda	5000	110
<i>Kapitalserhöhungen</i>		
Berliner Seifen- u. Sodawerke A. G., Berlin	3000	100
Wollwäschereien, Kämmerien, Spinnereien		
<i>Neugründungen</i>		
A. Marum Wwe. A. G., Sobernheim	3000	110
<i>Kapitalserhöhungen</i>		
A. G. Lichtenberger Wollfab., Berlin	4000	51)
Elsäss. Badische Wollfabrik A. G., Forst i. B.	4500	52)

Namen, Ort	Betrag in 1000 Mk.	Ausgabe- kurs in %
Kammgarnspinnereien und -webereien		
<i>Kapitalserhöhungen</i>		
Concordia, Spinner u. Weber., Bunzlau	12500	53)
Gera-Greizer Kammgarn-spinnerei, Zwenzen b. G.	5000	100
Kammgarnspinnerei Meerane, A. G., Meerane	2000	100
Kammgarnspinnerei Stöhr & Co., Leipzig	4000	54)
Tuch- und Filzfabriken		
<i>Kapitalserhöhungen</i>		
Ver. Märkische Tuchfabriken A. G., Berlin	5500	186
Leinenindustrie		
<i>Kapitalserhöhungen</i>		
A. G. Gruschwitz Texturwerke, Neusalz	25000	55)
A. G. für schlesische Leinen-industrie v. m. E. E. K amsta u. Söhne, Freiburg (Schl.)	15000	56)
Bielefelder A. G. für mechan. Weberei, Bielefeld	1000	100
Instenburger Aktien Spinnerei u. Weberei, Instenburger	3000	130
Baumwollspinnereien und -webereien		
<i>Kapitalserhöhungen</i>		
Kollnauer Baumwollspinnerei u. Weberei, Kollnau	2800	100
Mechan. Baumwollspinnerei u. Weberei, Bayreuth	2500	100
Spinnerei u. Weberei Schwarz-bach A. G., Schwarzb./Hof	800	100
Württembergische Baumwoll-spinnerei und Weberei, Ellingen a. N.	500	100
Jutespinnereien und -webereien		
<i>Neugründungen</i>		
Barther Jutespinnerei und Weberei A. G., Bremen	5000	100
<i>Kapitalserhöhungen</i>		
Geraer Jutespinnerei und Weberei A. G., Triebes	4000	182 1/2
Hanseatische Jutespinnerei u. Weberei, Delmenhorst	4000	140
Jutespinnerei und Weberei Bremen, Bremen	2170	57
Seilerwaren-, Treibriemen-, Taufabriken		
<i>Neugründungen</i>		
Hanf Union A. G., Berlin	12000	100
<i>Kapitalserhöhungen</i>		
Bremer Tauwerkfab. A. G., v. m. C. H. Michelsen, Crohn-Vegesack	2500	150
Spitzen, Tütle, Gardinen		
<i>Kapitalserhöhungen</i>		
Stickereiwerke Plauen A. G., Plauen	6650	106
Verschied. Spezialfabriken d. Textilindustrie		
<i>Neugründungen</i>		
A. G. für Textilwerte, Potsdam	4500	100
Delsack Leihack Kommandit-gesellschaft a. Akt., Bremen	8000	100
Fantasia, Strick u. Wirkwaren A. G., Liegnitz	8000	100
Mechanische Band- u. Kunst-weberei Kruse & Söhne A. G., Unter-Barmen	2400	100
Oberlungwitzer Strumpffab. A. G., Oberlungwitz	400	100
Stickereiwerken Kellmann & Delsinyi, Berlin	1000	100
Strumpfwarenfabrik Ernst A.		

41) 10 Mill. Mk. zu 110 %, 10 Mill. Mk. zu 167 %, 2 Mill. Mk. V zu 100 %. 42) 40 Mill. Mk. zu 155 %, 4 Mill. Mk. V zu 108 %. 43) 26 500 000 Mk. zu 110 %, 4 500 000 Mk. zu 100 %. 44) 1 Mill. Mk. zu 122 %, 500 000 Mk. V zu 100 %. 45) 1 200 000 Mk. zu 100 %, 300 000 Mk. zu 110 %. 46) 4 Mill. Mk. zu 115 %, 1 Mill. Mk. V zu 100 %. 47) 1 500 000 Mk. zu 112 %, 200 000 Mk. V zu 100 %. 48) 4 Mill. Mk. zu 150 %, 1 Mill. Mk. zu 100 %. 49) 4 Mill. Mk. zu 125 %, 250 000 Mk. V zu 100 %. 50) 2 Mill. Mk. zu 150 %, 500 000 Mk. zu 130 %. 51) 3 Mill. Mk. zu 200 %, 1 Mill. Mk. V zu 100 %. 52) 4 Mill. Mk. zu 200 %, 500 000 Mk. V zu 100 %. 53) 9 Mill. Mk. zu 250 %, 3 Mill. Mk. zu 100 %, 500 000 Mk. zu 100 %. 54) 3 Mill. Mk. zu 200 %, 1 Mill. Mk. V zu 100 %. 55) 15 Mill. Mk. zu 130 %, 10 Mill. Mk. V zu 108 %. 56) 9 Mill. Mk. zu 225 %, 6 Mill. Mk. V zu 100 %.

Namen, Ort	Betrag in 1000 Mk.	Ausgabe- hurs in %	Namen, Ort	Betrag in 1000 Mk.	Ausgabe- hurs in %	Namen, Ort	Betrag in 1000 Mk.	Ausgabe- hurs in %
Billig A.-G., Chemnitz	240	100	Papier- u. Pappenind. A. G., Radeberg	1000	100	Holzindustrie, Möbel- und Bürstenfabriken		
Textilindustrie A.-G., Köln ..	500	100	St. Andreasberg, Papierf. Willi Steckel A.-G., St. Andreasb.	15000	100	Neugründungen		
Wallraf Textilwerte A.-G., Rheydt	5000	100	Ver. Kartonnagen- u. Pappen- fabriken Metzgingen-Unter- hausen A.-G., Metzgingen ..	5000	110	Deutsche A.-G. für Holzver- wertung, Rathenow	1000	100
Kapitalserhöhungen			Zellstoff- u. Papierind. A.-G., Berlin	5000	100	Deutsche Holzbauwerke Carl Tuchscherer A.-G., Ohlau ..	8000	100
Bayerische Tricotagenfabrik A.-G., München	1200	100	Kapitalserhöhungen			Holzindustrie A.-G., Bielefeld	4000	110
Blank & Co. A.-G., Barmen ..	400	140	A.-G. Chromo, Altenburg ...	750	190	Köln Holzind. A.-G., Köln ..	3500	107
G. Feibisch A.-G., Berlin ...	1500	125	A.-G. Papierfabrik Hegge	2000	500	Mecklenburg. Holzindustrie A.-G., Schwerin	6000	120
Gebhard & Co. A.-G., Voh- winkel	25000	260	Kempten	3900	58	Niedersächsisch. Möbelindust. A.-G., Delmenhorst	2000	115
Teppichmanufaktur A.-G., Beuel	1400	150	Chemnitzer Papierfabrik, Ein- siedel b. Ch.	8000	59	Schwarzwälder Werkstätten A.-G., Baden Baden	1000	100
"Tetra" A.-G., Chemnitz	2000	115	Dresdner Chromo- u. Kunst- druckpapierfab. Krause & Baumann A.-G., Heidenau ..	5500	100	Union, Pfalz-Saarlandische Bürstenfab. A. G., Landau ..	2000	100
Ver. Smyrna-Teppichfabriken A.-G., Cottbus	2000	200	Freiberger Papierfabrik zu Weissenborn, Weissenborn ..	1800	150	Ver. Kunstwerkstätten Nien- burg-Weser A.-G., Nienbg.	3000	100
Färbereien			W. Hagelberg A.-G., Berlin ..	7800	144	Kapitalserhöhungen		
Kapitalserhöhungen			Hannoversche Papierf. Alfeld- Wage A.-G., Alfeld	1400	60	Bayernwerke i. Holzverwertg. A.-G., München	14000	63
Färberei Glauchau A.-G., Glauchau	1500	140	Teisnacher Papierfabrik A.-G., Teisnach	4250	100	Dick A.-G. f. Holzbearbeitung, Leipzig	1250	130
Bekleidungsindustrie, Hüte, Schuhwaren			Ver. Bautzner Papierfabriken A.-G., Bautzen	5000	100	Erzgebirgische Holzindustrie A.-G., Brand-Erbisdorf. ...	3000	180
Neugründungen			Lederindustrie			Grünwald Hintz-Werke Kom- manditges. a. Aktien, Berlin	2000	160
Haneisen & Cie. A.-G., Stuttgt.	12000	100	Neugründungen			Hanseat. Stuhlrohrfabriken Rümcker & Ude, Bremen ..	4500	140
Ludwigsburg. Schuh- u. Car- tonnagenf. A.-G., Ludwigsbg.	1800	110	W. D. Seegers A.-G., Steinhude	3000	100	Holsatia-Werke, Neumanns Holzbearbeitungsf., Komm.- Ges. a. Aktien	20000	132
Optima, Schuhf. A.-G., Hambg.	6000	100	Südd. Leder- u. Riemenfabrik A.-G., Freimann	5000	100	Holz- u. Bauind. Ernst Hilde- brandt A.-G., Maldeuten ..	3500	63
Rauchwaren A.-G., Hamburg	20000	100	August Wehl & Sohn Leder- fabrik A.-G., Celle	14000	61	Miltenberg & Kriete A.-G., Bremen	5000	130
Wäsche- und Schürzenfabrik A.-G., Ulm	1500	100	Kapitalserhöhungen			Südd. Holzwarenindust. A. G., Göppingen	3500	125
Albert Wolff A.-G., Berlin ..	1000	100	Gebr. Fahr A. G., Pirmasens	14000	62	Süddt. Intarsien- und Holzmo- saikfabr. A. G., Münster a. N.	900	100
Württemberg. Hutmanufaktur Ernst Grothe A.-G., Stuttgt.	5000	115	Fritz Häuser A.-G., Backnang	3000	110	(Fortsetzung folgt)		
Kapitalserhöhungen			Lederwerke Friedrichsdorf, Bad Homburg			Fab. Landau		
Bayer. Schuhmanufaktur A.-G., v.m. Schuhfabr., Schweinfurt ..	10100	123						
Oberrhein. Schuhf., Speyer ..	1500	100						
I. C. Richter A.-G., Leipzig ..	1750	57						
Papierindustrie, Holzstoff								
Neugründungen								
Kito-Packung A.-G., Bremen ..	3000	100						
Neue Papierind. A.-G., Berlin	1000	100						

⁵⁷⁾ 1500 000 Mk. zu 120 %, 250 000 Mk. V zu 110 %. ⁵⁸⁾ 3 600 000 Mk. zu 260 %, 300 000 Mk. zu 151 %. ⁵⁹⁾ 1 Mill. Mk. zu 125 %, 400 000 Mk. V zu 107 %. ⁶⁰⁾ 13 Mill. Mk. zu 150 %, 1 Mill. Mk. V zu 100 %. ⁶¹⁾ 12 Mill. Mk. zu 100 %, 2 Mill. Mk. V zu 100 %. ⁶²⁾ 5 Mill. Mk. zu 250 %, 9 Mill. Mk. zu 100 %. ⁶³⁾ 3 Mill. Mk. zu 130 %, 5 000 000 Mk. V zu 100 %.

Schiffahrt und Schiffbau

Weltschiffbau

Baubestand des Weltschiffbaues am 31. Dezember 1921.
(Vgl. „W.-D.“ Jhrg. 1921: S 44; 226; 387; 584.) Am 31. 12. 1921 waren nach der Vierteljahrsstatistik von Lloyd's Register an Handelsschiffen über 100 Br. R. T. auf den Werften der von Welt (außer Deutschland) in Bau:

917 Dampfer	von 4 054 421 Br. R. T.
130 Motorschiffe ..	„ 368 494 „
79 Segler	„ 34 178 „

1126 Schiffe

Auch für dieses Quartal ist eine weitere Verringerung der Neubautenzahl und Tonnage zu verzeichnen. Am Ende des dritten Quartals belief sich der Baubestand auf 1475 Schiffe mit 5542 173 Br. R. T. Der Rückgang beträgt also 349 Schiffe mit 1 085 085 Br. R. T.

Der Baubestand verteilt sich auf die einzelnen Länder wie folgt:

Länder	Dampfer		Motorschiffe		Segler		Zusammen	
	Zahl	Br. R. T.	Zahl	Br. R. T.	Zahl	Br. R. T.	Zahl	Br. R. T.
Großbritannien ..	472	2450283	37	188396	6	1640	515	2640319
Brit. Kolonien:								
Kanada (Gr. Seen) ..	—	—	—	—	—	—	—	—
„ (Küste) ..	5	8278	—	—	5	6100	34	66469
Australien ..	9	15150	—	—	2	3580		
Hongkong ..	8	29630	—	—	—	—		
Andere ..	4	3556	—	—	1	175		

Länder	Dampfer		Motorschiffe		Segler		Zusammen	
	Zahl	Br. R. T.	Zahl	Br. R. T.	Zahl	Br. R. T.	Zahl	Br. R. T.
Ver. Staaten:								
Atl. Küste ..	25	162898	3	19145	6	5255	43	216428
Golfküste ..	7	27650	—	—	—	—		
Pazifikküst. ..	1	1300	—	—	—	—		
Große Seen ..	1	150	—	—	—	—		
Belgien	8	25491	—	—	—	—	8	25491
Brasilien	—	—	1	2170	—	—	1	2170
China	6	6050	—	—	—	—	6	6050
Dänemark ..	19	32645	8	30425	—	—	27	63070
Estland	—	—	7	2491	13	4040	20	6531
Finnland	7	7259	2	600	—	—	9	7859
Frankreich ..	75	348018	1	4617	—	—	76	352635
Holland	109	300419	14	13460	—	—	123	313879
Italien (ein- schl. Triest)	68	357397	32	30373	22	6062	122	393832
Japan	35	144912	—	—	—	—	35	144912
Norwegen ..	33	46864	5	14220	2	475	40	61559
Portugal ...	2	1243	4	2250	12	4190	18	7683
Spanien	15	69787	—	—	1	150	16	69937
Schweden ..	8	15411	16	60347	9	2511	33	78269
Zus.	917	4054421	130	368194	79	34178	1126	4457093

(a) Darunter 1 Eisenbetonschiff von 2000 Br. R. T.
(b) „ 3 „ „ 2950 „
(c) „ 1 „ „ 2000 „

Von der zurzeit in der Welt (außer Deutschland) im Bau befindlichen Tonnage sind 59 % auf den Werften Großbritanniens,

5 % auf denen der Vereinigten Staaten, etwa 9 % in Italien, 8 % in Frankreich, 7 % in Holland und 3 % in Japan in Arbeit.

Aus der folgenden Aufstellung ist ersichtlich, welche Veränderung der Banbestand in den letzten neun Monaten erfahren hat:

Länder	am 31.3.21 Br. R. T.	am 30.6.21 Br. R. T.	am 30.9.21 Br. R. T.	am 31.12.21 Br. R. T.
Großbritannien	3 798 593	3 530 047	3 282 972	2 640 319
Britische Kolonien	180 402	177 912	144 460	66 469
Vereinigte Staaten	1 102 672	717 624	433 962	216 428
Belgien	26 725	23 165	25 335	25 491
Brasilien	2 170	2 170	2 170	2 170
China	35 728	24 698	15 505	6 050
Dänemark	123 272	109 410	82 233	63 070
Estland	5 250	5 190	7 010	6 531
Finnland	8 291	8 104	8 104	—
Fiume	—	—	—	7 859
Frankreich	427 186	390 453	350 681	352 635
Griechenland	1 500	1 500	600	—
Holland	417 693	391 389	349 122	313 879
Italien (inkl. Triest)	351 639	310 333	397 544	393 832
Japan	294 346	229 262	186 782	144 912
Norwegen	87 938	85 374	77 339	61 559
Portugal	14 379	15 223	17 496	7 683
Spanien	98 051	80 067	75 017	69 937
Schweden	110 931	97 547	86 646	78 269
Zusammen	7 086 766	6 199 468	5 542 978	4 457 093

Es ist zu berücksichtigen, daß zurzeit fast in allen Ländern die Arbeit an einem großen Prozentsatz der Bautonnage mehr oder weniger stark gehemmt ist. So liegen allein 37 % der angegebenen Büräume in Großbritannien, das sind 722 000 Br. R. T., und 22 % der übrigen Welträume, das sind 400 000 Br. R. T., auf den Helgen, an denen die Bautätigkeit entweder ganz eingestellt ist oder nur mit verkürzter Arbeitszeit aufrechterhalten wird. Das Land, das prozentual am meisten Neubauten außer Arbeit hat, ist Italien, hier ist die Bautätigkeit bei etwa 50 % der auf Stapel liegenden Tonnage eingestellt.

Aus diesem Grunde ist der Tonnageumfang der zu Wasser gelassenen Neubauten auf der ganzen Welt verhältnismäßig klein. In der Vorkriegszeit waren es durchschnittlich im Quartal 23 % der gesamten Bautonnage, die vom Stapel liefen, während es jetzt nur etwa 8½ % sind. In Großbritannien verließen im vergangenen Vierteljahr 467 200 Br. R. T. die Helgen, das sind 160 000 Br. R. T. mehr als im vorhergehenden Quartal.

In den letzten zwei Jahren wurden von den englischen Werften zu Wasser gelassen:

1. Quartal 1920	131	Schiffe von 454 244 Br. R. T.
2. " "	165	" " 522 093 "
3. " "	244	" " 483 457 "
4. " "	176	" " 579 933 "
1. " 1921	131	" " 433 607 "
2. " "	100	" " 321 690 "
3. " "	92	" " 307 850 "
4. " "	101	" " 467 246 "

In England beträgt das Mehr an neuen Kielstreckungen dem dritten Quartal gegenüber etwa 4000 Br. R. T. Begonnen wurde die Arbeit nur an 19 Neubauten von 55 290 Br. R. T., während im dritten Quartal die Kiele für 19 Schiffe von 51 343 Br. R. T. gelegt wurden.

Über die Größe der Neubauten auf englischen Werften gibt folgende Aufstellung Auskunft:

Größe Br. R. T.	Anzahl der Neubauten Dampfer Motorsch. Segler	Größe Br. R. T.	Anzahl der Neubauten Dampfer Motorsch. Segler
100—500	38	6000—8000	83
500—1000	56	8000—10000	36
1000—2000	57	10000—12000	3
2000—3000	28	12000—15000	21
3000—4000	36	15000—20000	22
4000—5000	26	20000—25000	4
5000—6000	61	25000—30000	1
		472	37
		Zusammen	515

Die folgende Tabelle gibt ein Bild über die für ausländische Rechnung auf englischen Werften in Bau befindlichen Neubauten. Sie machen etwa 28 % des britischen Baubestandes aus.

	Anzahl	Br. R. T.		Anzahl	Br. R. T.
Argentinien	5	5 000	Italien	2	37 000
Engl. Dominions	17	51 001	Japan	4	25 200
Belgien	4	11 260	Norwegen	21	64 903
Chile	3	16 500	Polen	1	1 200
Dänemark	2	9 850	Spanien	5	15 960
Frankreich	24	141 150	Schweden	1	5 170
Griechenland	4	16 220	Flagge nicht genannt	63	195 769
Holland	16	132 460			

Zusammen 172 728 643

Wie im vorausgegangenen Quartal sind Frankreich, Holland und Norwegen die hauptsächlichsten ausländischen Auftraggeber.

Unter den im Bau befindlichen Schiffen sind 121 Dampfer und Motorschiffe, jedes Schiff größer als 1000 Br. R. T., von einer Gesamttonnage von 793 193 Br. R. T., die als Tankschiffe verwandt werden. Davon fallen 82 Schiffe von 535 019 Br. R. T. auf Großbritannien und 12 Schiffe von 103 890 Br. R. T. auf die Vereinigten Staaten. Es besteht also etwa die Hälfte der Bautonnage in den Vereinigten Staaten aus Tankschiffen.

Am 31. 12. 21 standen 2 981 000 Br. R. T. der Weltbautonnage unter der Bauaufsicht des britischen Lloyds. A. K.

Spanien

Die spanische Handelsflotte 1921. Die Dirección General de Navegación y Pesca veröffentlicht folgende Übersicht über die spanische Handelsflotte:

Heimathafen	1920 Anzahl	Br. R. T.	1921 Anzahl	Br. R. T.
Algeciras	2	733	2	733
Alicante	66	7 242	69	7 289
Almeria	5	3 619	5	3 619
Barcelona	122	178 545	124	177 749
Bilbao	265	355 752	285	402 005
Cádiz	28	45 843	28	45 843
Cartagena	18	9 630	18	9 630
Ceuta	2	776	2	776
Coruña	42	5 419	42	5 419
Ferrol	26	3 102	27	3 251
Gijón	74	33 584	84	39 139
G. Canary	27	5 663	27	5 663
Huelva	4	384	4	384
Ibiza	9	1 212	9	1 212
Málaga	10	2 291	10	2 291
Mallorca	65	17 772	66	17 941
Menorca	11	4 379	12	4 472
Pontevedra	3	575	3	575
San Sebastian	69	56 930	69	61 830
Santander	28	23 305	29	23 761
Sevilla	48	68 968	52	86 570
Tarragona	10	5 171	11	5 512
Teneriffe	23	9 336	25	9 651
Valencia	96	37 443	99	63 590
Vigo	23	14 399	25	18 740
Vilagarcia	71	14 167	72	12 955

Unter den Heimathäfen der spanischen Schiffe steht Bilbao weitaus an erster Stelle. A. K.

England

Billigeres Öl für Motorschiffe. In englischen Häfen beträgt der Preis für Dieselöl, wie es bisher für Motorschiffe gebraucht wird, zurzeit etwa 5 £ 5 s je t, während gewöhnliches Heizöl mit 3 £ 15 s abgegeben wird. Dieser beträchtliche Preisunterschied hat die Schiffbaufirma M. Doxford & Sons, Sunderland, veranlaßt, durch Versuche festzustellen, ob nicht gewöhnliches Heizöl als Brennstoff für Dieselmotoren zu verwenden ist. Man ließ eine Dieselmachine von 3000 i. h. p., die zum Einbau in ein für Furness, Withy & Co. fertiggestelltes Motorschiff bestimmt war, fünf Tage laufen, indem man als Brennstoff mexikanisches Heizöl verwandte, und erzielte während dieses Zeitraumes eine Durchschnittsleistung von 3150 i. h. p. bei 78 Umdrehungen in der Minute. Der stündliche Ölverbrauch stellte sich auf 0,418 lb je Bremspferdestärke, das ist ungefähr der gleiche Verbrauch, den man beim Dieselöl erwarten darf. Eine Untersuchung der Maschine nach Beendigung des Versuches ergab, daß alle Teile völlig intakt waren. Eine Fortsetzung des Versuches soll, wie berichtet wird, von den künftigen

tigen Eigentümern des Schiffes in der Weise unternommen werden, daß sie, um ein möglichst geringes Risiko zu laufen, zunächst Dieselöl, dann eine Mischung von Dieselöl und gewöhnlichem Heizöl und schließlich, falls die Ergebnisse günstig sind, nur gewöhnliches Heizöl verwenden werden.

Für ein Motorschiff von 9500 Tonnen und 11 Knoten stellen sich die täglichen Brennstoffkosten bei Verwendung von Dieselöl auf etwa 50 f. Könnte gewöhnliches verwendet werden, so würde sich eine Ersparnis von ca. 30 % erzielen lassen.

A. K.

Kürzung der englischen Heuern. Die Verhandlungen zwischen den englischen Reedervereinigungen und den Vertretern der Seeleute über eine Kürzung der Heuersätze ist bisher ergebnislos gewesen. Der Reedervorschlag, die Monatsheuer

der Matrosen und Heizer sofort um 2 £ und am 1. 3. weiter um 1 £ zu reduzieren, ist von den Vertretern der Seeleute abgelehnt worden. Nach „Liverpool Journal of Commerce“ scheinen sich zwar die Vertreter der Seeleute der Erkenntnis nicht zu verschließen, daß die gegenwärtigen Lohnsätze zu hoch sind. Sie möchten aber Vereinbarungen über eine etwaige Kürzung zu einem späteren Termin, etwa Ende März, treffen. Ihr dahingehender Vorschlag, der nur darauf hinausläuft, die jetzigen Löhne solange als irgend möglich zu halten, wird von den Reedern kaum angenommen werden. Ebensowenig hat der Vorschlag, die Angelegenheit einem Schiedsgericht zu unterbreiten, bei den Reedern Beifall gefunden. Bei der starken Divergenz der Meinungen ist die Aussicht auf Einigung nicht allzugroß und die Möglichkeit eines allgemeinen Streiks der englischen Seeleute gegeben.

A. K.

Britische Reedereien mit einem Schiffspark von mehr als 50000 Br. R. T.

(Erläuterungen siehe Nr. 4 S. 75.)

	1. 1. 1922			1. 1. 1921			1. 1. 1914		
	Schiffs- anzahl	Br. R. T.	Durchschn.- größe	Schiffs- anzahl	Br. R. T.	Durchschn.- größe	Schiffs- anzahl	Br. R. T.	Durchschn.- größe
British India Steam Navigation Co. Ltd.	184	967 219	5 256	186	974 108	5 256	151	713 087	4 722
Furness Line (einschl. Prince Line)	169	814 641	4 820	186	873 742	4 697	165	577 376	3 498
Ellerman Lines, Ltd. (einschl. Bucknall's)	148	794 350	5 367	139	756 077	5 439	131	598 123	4 566
Alfred Holt and Co.	88	623 495	7 085	85	604 837	7 104	77	551 107	7 156
P. & O. Company	64	564 585	8 822	64	565 415	8 822	98	549 564	5 607
White Star Line	32	493 334	15 417	25	354 353	14 173	32	487 032	15 219
Cunard Line	35	473 132	13 518	34	427 493	12 573	25	285 431	11 417
Elder, Dempster and Co., Ltd.	92	428 796	4 661	96	431 537	4 497	111	352 588	3 212
Canadian Pacific Steamships, Ltd.	35	400 684	11 418	33	344 447	10 438	80	262 300	3 279
Anglo-Saxon Petroleum Company, Ltd.	88	397 574	4 518	87	311 082	3 576	34	123 000	3 618
Union Castle Line	48	361 192	7 525	53	388 802	7 357	41	316 346	7 716
Royal Mail St am Packet Company	54	359 177	6 651	58	388 808	6 703	64	328 412	5 131
Lampport and Holt, Ltd.	57	354 076	6 212	57	361 021	6 316	43	224 000	5 209
Eagle Oil Transport Company, Ltd.	37	297 050	8 028	38	293 676	7 781	—	—	—
Thos. & Jas. Harrison	57	290 477	5 096	58	301 759	5 186	61	316 975	5 196
Clan Line Steamers, Ltd.	54	290 176	5 374	60	317 525	5 292	61	273 735	4 487
Leyland Line	43	289 416	6 731	37	229 700	6 208	50	322 829	4 476
Hain Steamship Company, Ltd.	53	260 705	4 919	49	230 746	4 708	40	147 680	3 692
Commonwealth Government Line	51	256 463	5 029	57	284 324	4 988	—	—	—
Pacific Steam Navigation Company	37	232 704	6 289	43	262 025	6 093	39	241 297	6 185
Commonwealth and Dominion Line, Ltd.	29	224 066	7 726	29	224 066	7 726	—	—	—
Ellerman's Wilson Line, Ltd.	71	211 662	2 981	76	197 258	2 648	296	214 099	2 981
Shaw, Savill and Albion Company, Ltd.	21	203 274	9 680	21	203 274	9 680	18	162 918	9 111
Sir W. R. Smith's Companies	36	197 454	5 484	33	172 000	5 212	—	—	—
Brocklebank, Thos. and Jno., Ltd.	26	190 209	7 316	29	202 529	6 973	13	87 117	6 739
Ellerman's City Line	24	171 466	7 144	22	151 141	6 870	36	212 498	6 870
Anchor Line (Henderson Bros., Ltd.)	19	166 051	8 739	19	165 712	8 774	14	104 300	11 878
Atlantic Transport Co., Ltd.	13	109 515	8 424	19	138 724	7 354	17	137 814	8 164
Anglo-American Oil Company, Ltd.	36	155 920	4 331	42	151 518	3 681	17	72 888	8 933
New Zealand Shipping Co., Ltd.	17	150 650	8 862	18	167 571	9 310	19	152 150	8 271
Federal Steam Navigation Co., Ltd.	15	144 488	9 633	15	145 669	9 677	14	103 290	10 378
Andrew Weir and Co.	25	129 528	5 181	42	217 945	5 191	37	162 558	5 880
Boulder Line, Ltd.	26	127 707	4 914	28	135 744	4 884	33	153 537	4 683
Donaldson Bros., Ltd.	20	123 071	6 154	22	138 478	6 294	13	74 325	10 653
Indo China Steam Navigation Co., Ltd.	46	114 544	2 490	42	101 595	2 490	38	91 706	2 916
Blue Star Line (1920), Ltd.	17	106 948	6 291	35	106 948	6 291	—	—	—
Houston Lines	31	105 905	3 416	26	105 028	4 039	21	82 322	4 996
Lloyd Royal Belge (Großbritannien), Ltd.	22	104 951	4 771	21	95 218	4 534	—	—	—
Elders and Fyffes, Ltd.	19	99 496	5 236	17	90 202	5 306	—	—	—
Orient Steam Navigation Company, Ltd.	8	95 628	11 934	8	95 625	11 934	10	111 391	11 139
Sir R. Roper and Co., Ltd.	23	88 014	3 827	24	92 876	3 870	—	—	—
Lane and Macandrew, Ltd.	16	83 405	5 213	15	81 109	5 341	17	72 747	4 280
International Navigation Company, Ltd.	5	83 252	16 650	5	83 252	16 650	—	—	—
Gould Steamships and Industrials, Ltd.	11	82 771	7 525	12	90 851	7 571	—	—	—
Bioby Line	10	81 371	8 137	10	81 371	8 137	7	53 907	11 727
Nelson, H. and W., Ltd.	12	79 058	6 588	12	79 058	6 588	17	113 389	6 669
Manchester Liners, Ltd.	15	78 949	5 263	12	59 742	5 062	15	68 633	4 575
Asiatic Steam Navigation Co., Ltd.	16	75 750	4 734	16	75 050	4 691	15	60 292	5 019
Hogarth and Sons	19	75 175	3 957	17	63 817	3 757	23	74 696	3 246
Ben Line Steamers, Ltd.	19	74 893	3 942	20	75 868	3 793	19	64 478	4 025
James Chambers and Co.	15	74 625	4 975	13	62 484	4 806	—	—	—
British Steamship Co., Ltd.	19	74 513	3 922	19	74 511	3 922	—	—	—
Head Line and Lord Line	18	72 238	4 013	18	71 783	4 043	17	51 913	4 230
Boot Steamship Company, Ltd.	16	67 235	4 202	18	72 248	4 013	32	123 289	3 853
Larrinaga and Co., Ltd.	13	63 573	4 890	14	68 945	4 925	15	66 684	4 579
Aberdeen Line	5	62 500	12 500	7	79 000	11 286	—	—	—
Nautilus Steam Shipping Company, Ltd.	13	59 248	4 557	18	58 904	3 272	—	—	—

Vereinigte Staaten

Für die Beseitigung der den Reiseverkehr zwischen Amerika und Europa hindernden Paßschwierigkeiten erheben sich zurzeit in der amerikanischen Presse immer mehr Stimmen. So hat sich neuerdings auch der Schöpfer der heute gültigen Paßvorschriften und hohen Visagebühren, Mr. Porter, jetzt Chairman des Committee on Foreign Affairs des Repräsentantenhauses, für eine Erleichterung ausgesprochen. Er schlägt vor, daß zwischen den Vereinigten Staaten und den fremden Mächten vereinbart wird, gegenseitig auf die bisher geforderte Paßvisa zu verzichten. Dies dürfte indessen nur Gültigkeit für den Reiseverkehr haben. Für den Auswandererverkehr müßten die Vereinigten Staaten das Visum ihrer auswärtigen Vertreter auch künftig fordern, weil diese damit eine Handhabe zur Kontrolle der fremden Auswanderer erhalten; es handle sich hier um eine Schutzmaßnahme, von der man insbesondere solange das jetzige Gesetz zur Einschränkung der Einwanderung Geltung habe, nicht absehen könne.

Daß jeder Amerikaner, der ins Ausland geht, mit einem von seiner heimischen Behörde visierten Paß versehen ist, hält Porter auch weiterhin für unerlässlich. Die hierfür zu zahlenden Gebühren möchte er nicht verringern, denn es erscheine gerechtfertigt, daß der Reisende an den Kosten, die die zu seinem Schutze im Auslande geschaffenen Vertretungen und Konsulate erfordern, teilnehme.

A. K.

Zurückgehender Anteil der amerikanischen Flagge an der amerikanischen Ein- und Ausfuhr. Daß sich der Anteil der amerikanischen Flagge am amerikanischen Außenhandel trotz aller bisherigen Gegenmaßnahmen schrittweise verringert, wird vom United States Bureau of Foreign and Domestic Commerce durch eine statistische Untersuchung nachgewiesen, die die Ein- und Ausfuhr der Vereinigten Staaten im Zeitraum 1. 7. 20 bis Oktober 21 nach dem prozentualen Anteil, den die heimische und fremde Flagge an ihr hatte, analysiert. Nach Ausscheidung der Ölverschiffungen und des Güterverkehrs auf den großen Seen, die beide zwar technisch zum foreign trade gehören, aber im Falle ihrer Mitberücksichtigung ein unrichtiges Bild von dem Anteil der amerikanischen Schiffe am eigentlichen Überseeverkehr des Landes ergeben würden, stellt sich die amerikanische Ein- und Ausfuhr innerhalb jenes 15 monatigen Zeitraumes wie folgt:

Perioden	Export (long tons)		Import (long tons)	
	in amerikan. Schiffen	in fremden Schiffen	in amerikan. Schiffen	in fremden Schiffen
1. 7. 1920—1. 10. 1921	59 341 000	19 468 000	—	—
In den drei Perioden von je fünf Monaten, die dieser Zeitraum umfaßt, haben sich die Anteile der amerikanischen und fremden Flagge der Ein- und Ausfuhr wie folgt verschoben:				
	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr
Jul—November 1920	40 %	60 %	57 %	43 %
Dezember—April 1921	36 %	64 %	54 %	46 %
Mai—September 1921	34 %	66 %	43 %	57 %

Die amerikanischen Schiffe haben also im Laufe der 15 Monate 6 % der Ausfuhr und 14 % der Einfuhr an die fremden Schiffe abtreten müssen. Ausfuhr und Einfuhr zusammen genommen, sank ihr Anteil innerhalb dieses Zeitraumes von 44 auf 36 %.

Ölverschiffungen und Verkehr auf den großen Seen sowie der Anteil der amerikanischen und fremden Schiffe an ihnen stellten sich im Berichtszeitraum wie folgt:

Menge in long tons	Ölverschiffungen		Verkehr a. d. Großen Seen	
	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr
Anteil d. amer. Schiffe	43 %	89 %	57 %	76 %
„ „ fremd. „	57 %	11 %	43 %	24 %

A. K.

Ist die International Mercantile Marine Co. a's amerikanische Schiffahrtsgesellschaft anzusehen? Diese Frage ist nach einer Äußerung des Chairman des Shipping Board, Mr. Lasker, noch immer nicht endgültig geklärt. Neue Verhandlungen mit dem Präsidenten der I. M. M. haben Mitte Dezember stattgefunden und ihre Fortsetzung ist für die nächste Zeit in Aussicht genommen. Da das Schiffahrtsamt indessen beschlossen hat, von einer Verfügung über die Regierungsschiffe, sei es durch Überweisung, Vercharterung oder Verkauf abzusehen, bis die Subsidiar-Bill durch den Kongreß erledigt ist, so liegt vorläufig kein Grund zu einer beschleunigten Entscheidung über den Charakter der I. M. M. und die Annahme oder Ablehnung ihrer Kaufofferte für Regierungsschiffe vor.

A. K.

Kapitalinvestitionen in amerikanischen Schiffahrts- und Schiffbaugesellschaften. Während des Jahres 1921 sind insgesamt 60,2 Mill. \$ in amerikanischen Reederei- und Werftunternehmungen investiert worden. Den Investitionen der vorhergehenden Jahre schließt sich die letztjährige wie folgt an:

Jahr	Investitionen in \$	Anteil in %
1914 (Aug./Dez.)	1 844 000	1918..... 120 353 000
1915	37 062 000	1919..... 323 613 000
1916	69 466 000	1920..... 585 448 000
1917	271 503 000	1921..... 60 190 000

A. K.

Das Schiffahrtsamt will keine Aufwendungen mehr für die ex-deutschen Schiffe machen. Nachdem das Schiffahrtsamt bisher insgesamt etwa 31 Mill. \$ für die Wiederherrichtung der ehemaligen deutschen Passagierschiffe aufgewandt hat, ist es dem New Yorker „Journal of Commerce“ zufolge, zu dem Entschluß gelangt, über die zur Wiederinstandsetzung des Leviathan erforderlichen Beträge hinaus keine weiteren Aufwendungen für diesen Zweck zu machen. Der von den United States Lines angeregte Umbau der Dampfer Agamemnon (ex Kaiser Wilhelm II) und Mount Vernon (ex Kronprinzessin Cecilie) in Ölbrenner dürfte also unterbleiben.

Zur Begründung dieses Beschlusses des Schiffahrtsamtes wird von dem genannten Blatt angeführt, daß die ex-deutschen Passagierschiffe sich als eine sehr kostspielige Erbschaft erwiesen hätten. Man habe ehemals angenommen, daß sie den Kern einer künftigen großen Flotte amerikanischer Passagierschiffe darstellen würden. Sie hätten sich indessen sowohl im transatlantischen wie im südamerikanischen Verkehr als so verlustbringend erwiesen, daß es richtiger erscheine, sie durch amerikanische Passagierschiffe der Nachkriegszeit zu ersetzen. Was mit ihnen schließlich geschehen solle, sei ein schwer lösbares Problem.

A. K.

Sonstiges

Sinken der Schiffspreise. Nach „Fairplay“ ist der Preis eines neuen normalen englischen Frachtdampfers von 7500 Tonnen Tragfähigkeit von Ende März 1920 — der Zeit seines Höchstbestandes — bis Ende Dezember 1921, also innerhalb eines 21 monatigen Zeitraumes, um 77 % gefallen. Diese rückläufige Entwicklung läßt sich durch folgende Tabelle veranschaulichen:

Zeit	Preis eines normalen Frachtdampfers v. 7500 t d w	Insgesamt	Je t d w	Vergleichszahlen
Ende März 1920	258 750 £	34,10 £	100	
„ Juni 1920	180 000 „	24, „	70	
„ Dezember 1920	105 000 „	14, „	41	
„ März 1921	82 500 „	11, „	32	
„ Juni 1921	63 750 „	8,10 „	25	
„ Dezember 1921	60 000 „	8, „	23	

Innerhalb des vergangenen Jahres stellte sich der Preisrückgang auf etwa 40 %. Der heutige Preis von 8 £ pro t d w, der etwa dem Höchstpreis vom Jahre 1912 entspricht, deckt nicht die Baukosten des Schiffes. „Fairplay“ nimmt an, daß eine englische Werft, will sie keinen Verlust erleiden, gegenwärtig wenigstens 13 £ pro t d w für den Bau eines solchen Dampfers fordern muß. Zu dem schnellen Rückgang der Schiffspreise am englischen Markt haben neben der sinkenden Frachtkonjunktur auch die den Reedereien auferlegte Excess profit duty und der Verkauf der ehemals deutschen Schiffe wesentlich beigetragen.

A. K.

Kohlen- und Celpreise. Die Entwicklung der Kohlen- und Ölpreise seit November 1920 ist aus folgender von Lloyds List wiedergegebenen Aufstellung ersichtlich:

	Kohle je t	Heizöl je t
November 1920	70, —	£ 13, —
Dezember 1920	52,6	„ 11, —
Jannar 1921	46, —	„ 8, —
Februar 1921	35, —	„ 7, —
Mai/Juni 1921	40, —	„ 4,10
August/September 1921	25, —	„ 3,15
Oktober 1921	23,6	„ 3,15
November 1921	22,6	„ 3,15
Dezember 1921	21, —	„ 3,15

Zu dem Rückgang der Heizölpreise hat insbesondere der rapide Fall der Tankerfrachten beigetragen. Innerhalb eines Jahres sind diese Raten für die Strecke Golfhafen-Großbritannien von 13 £ auf 1 £ 5 s heruntergegangen.

A. K.

Handelspolitische Rundschau

Europa

Deutsches Reich. Am 28. 1. traten Änderungen des Ausfuhrabgabentarifs für Sprit, Kalisalze, optische Gläser und Instrumente, Motoren, Motorwagen, Schiffe u. a. in Kraft. Der Ausfuhrabgabensatz für gebrauchte Schiffe der Tarifnummer 923 f wurde auf 8 v. H. erhöht.

Nach dem am 6. 12. 21 mit **Portugal** geschlossenen Handelsabkommen, das sofort in Kraft trat, gestattet die deutsche Regierung während eines Jahres die Einfuhr von 40 000 hl Portwein und 10 000 hl Madeirawein und in den folgenden Jahren die Einfuhr von mindestens 30 000 hl beider Weinsorten zusammen. Dagegen räumt Portugal Deutschland das Meistbegünstigungsrecht ein, so daß die deutschen Waren nach dem portugiesischen Minimaltarif zu verzollen sind.

Der Entwurf des Handelsvertrages mit **Jugoslawien** wurde von der Skupschtina angenommen.

Das jugoslawische Verkehrsministerium hat mit der deutschen Regierung einen Vertrag über umfangreiche Lieferungen von rollendem Eisenbahnmateriale geschlossen.

Am 9. 1. begannen in Berlin die deutsch-lettischen Wirtschaftsverhandlungen.

Die deutsch-litauischen Wirtschaftsverhandlungen sollten am 10. 2. in Kowno aufgenommen werden.

Zwischen **Belgien** und Deutschland schweben nach der „D. Allg. Ztg.“ zurzeit Verhandlungen über die Wiedereröffnung des deutschen Generalkonsulates in Antwerpen.

In Berlin sollen Ende Januar zwischen Vertretern Deutschlands und der **Tschecho-Slowakei** Beratungen über die Ergänzung des Handelsabkommens stattfinden. („Ind.- u. H.-Ztg.“)

Die russische Sowjetregierung hat sich mit der Wiedereröffnung deutscher Konsulate in Kasan, Baku, Tiflis, Rostow, Batum, Sewastopol, Nikolajew und Kiew einverstanden erklärt.

In Charkow soll eine deutsche diplomatische Vertretung bei der sowjetukrainischen Regierung eintreffen. („Ind.- u. H.-Ztg.“)

Nach einer Meldung aus Moskau hat die deutsche Handelsgesellschaft „Nordost“ dem Zentralverband der russischen Genossenschaften einen Warenkredit von 500 Mill. *M* vertraglich zugesichert.

Siehe auch: **Memel**, **Rußland**, **China**, **Vereinigte Staaten** von Amerika, **Australien**.

Belgien vgl. Deutsches Reich, Spanien, Brasilien.

Dänemark vgl. Spanien.

Estland vgl. Frankreich.

Finnland. Die Einfuhrzölle sind bedeutend erhöht worden, für einige Waren um bis zu 200 v. H. Ausfuhrzölle werden lediglich von Erzeugnissen der Holzindustrie erhoben. („Ind.- u. H.-Ztg.“)

Frankreich. In seinem Bericht über das Budget des Ministeriums des Auswärtigen macht der Senator Lucien Hubert bemerkenswerte Ausführungen über Frankreichs Handelspolitik nach dem Kriege:

Der Leitgedanke dieser Politik war, die Meistbegünstigungsklausel aus den Handelsverträgen auszumerzen und eine Sonderbehandlung von Feinden und früheren Verbündeten eintreten zu lassen. . . . Frankreich hat infolgedessen am 10. 9. 18 alle Handelsverträge, die die Meistbegünstigungsklausel enthielten, gekündigt. Als Übergangsmaßnahme bis zum Abschluß neuer Verträge wurde vereinbart, die alten Ver-

träge von drei zu drei Monaten stillschweigend weiter gelten zu lassen. Ihre dringlichste Aufgabe erblickte die Regierung in der Sicherung der Handelsbeziehungen mit den Neuländern, wo es besonders galt, festen Fuß zu fassen und Absatzmärkte für die französische Industrie zu schaffen.

Bisher hat Frankreich nachstehende Abkommen getroffen: am 4. 11. 20 mit der **Tschecho-Slowakei**, am 15. 7. 21 mit **Finnland**, am 28. 4. 21 mit **Norwegen** (Weine und Spirituosen), am 29. 1. 21 mit **Kanada**.

Vertragsentwürfe auf der Grundlage des französisch-finnischen Abkommens sind für **Polen** und **Estland** bereits fertig (s. unten!).

Verhandlungen sind im Gang mit **Italien**, **Serbien**, **Portugal**, **Guatemala** und **Nicaragua**. Die Verhandlungen mit **Spanien** werden wieder aufgenommen (s. unten!).

Weitere Verträge sind in Aussicht genommen, besonders mit **Lettland**, **Belgien**, **Bulgarien**, **Österreich** und **Ungarn**.

Am 6. 1. schloß Frankreich mit **Estland** einen Handelsvertrag. Frankreich wird die Meistbegünstigung zugesichert und erhält Zollermäßigungen für Weine, Seiden und Riechstoffe. Estland wird dagegen von Frankreich für gewisse Warenklassen der Mindesttarif und für andere Ermäßigungen von 15–60 % zugestanden.

„Journée Industrielle“ meldet, daß das französisch-polnische Handelsabkommen unmittelbar vor der Unterzeichnung stehe.

Vgl. auch **Spanien**.

Jugoslawien. Zur Einschränkung der Valutaspekulationen wurde die Börse von Agram geschlossen.

Vgl. auch **Deutsches Reich**.

Lettland. Die Ausfuhr von Mehl, Grütze, Makkaroni, Gerste, Bohnen, Kartoffeln, Schweinefleisch, Butter, Käse, Stroh und Kleesaat soll nach einem Beschluß der Finanzkommission der Konstituante zollfrei erlaubt werden. Ferner soll die Viehausfuhr freigegeben werden, jedoch unter Erhebung nachstehender Ausfuhrzölle: für ein Pferd 6000 Rbl, für eine Kuh 2000 Rbl, für ein Schwein 1000 Rbl, für ein Stück Kleinvieh 500 Rbl.

Litauen. Die Neufestsetzung der litauischen Zölle nach dem Gewichtssystem ist verlag.

Vgl. auch **Deutsches Reich**, **Memelgebiet**.

Memel. Der Oberkommissar des Memelgebiets brachte bei **Deutschland**, **Litauen** und **Polen** den Abschluß vorläufiger Handelsverträge in Vorschlag. („Ind.- u. H.-Ztg.“, 13. 1.)

Niederlande vgl. **Spanien**.

Österreich. Die in Wien geführten Verhandlungen mit **Ungarn** haben zu einem Handelsabkommen auf der Grundlage der Meistbegünstigung und zu einem Warenaustauschübereinkommen geführt.

Die Handelsvertragsverhandlungen mit **Polen** sollen noch im Januar in **Warschau** aufgenommen werden.

In **Prag** haben am 24. 1. die Verhandlungen über eine von der **Tschecho-Slowakei** zu gewährende Anleihe von 500 Mill. K begonnen.

Polen. Bei der Einfuhr sind vom Zoll befreit: Fische, Seehunde, Walfische und andere Seetiere, die von polnischen oder Danziger Fischern oder von den Besatzungen polnischer oder Danziger Schiffe gefangen sind; ferner Flugzeugmaterial, Ersatzmaterial für See- und Flußschiffe, mit Ausnahme von Kajüten- und Kucheneinrichtungen sowie von Ersatzmaterial für Luxusfahrzeuge. („Ind.- u. H.-Ztg.“)

Frankreich teilte der polnischen Regierung mit, daß es für eine Beteiligung Polens am Wiederaufbau Rußlands eintreten werde.

Auf französischen Druck hin sollen demnächst Verhandlungen mit Sowjetrußland wegen Abschluß eines Handelsvertrags stattfinden.

Vgl. auch Frankreich, Memel, Österreich.

Portugal. Nach einem Dekret vom 12. 12. 21 kann der Ausfuhrzollzuschlag auf Eisenbahnschwellen aus Pinienholz um 90 v. H. herabgesetzt werden. Jedoch müssen 80 v. H. des Verkaufswertes der ausgeführten Schwellen von den Exporteuren in Devisen der Regierung überlassen oder zur Einfuhr von Nahrungsmitteln verwandt werden.

Vgl. auch Deutsches Reich.

Rußland. In Moskau wurde am 29. 12. 21 die Zentrale Handelsbörse eröffnet.

Für Wareneinkäufe im Ausland gewährte die russische Reichsbank dem Zentralverband der Genossenschaften einen Kredit von 120 000 £. Sie setzte den Kurs ausländischer Devisen für Überweisungen nach Rußland bis auf weiteres wie folgt fest: 1 deutsche Mark = 1100 Sowjetrbl., 1 \$ = 180 000 Sowjetrbl., 1 £ = 760 000 Sowjetrbl.

Die russische Eisenbahnverwaltung übernimmt ab 1. 2. 22 wieder die volle Haftung für die abgelieferten Güter.

Die schwedisch-russischen Wirtschaftsverhandlungen haben lt. „Frkf. Ztg.“ zu grundsätzlicher Klarheit geführt. Eine schwedische Bankengruppe ist bereit, gegen genügende Sicherheit einen Kredit von 150 Mill. Kr zu gewähren.

Der Vertreter Sowjetrußlands für Deutschland, Krestinski, hat dem Reichskanzler am 19. 1. Vorschläge für eine Erweiterung des im Mai abgeschlossenen deutsch-russischen Wirtschaftsabkommens übermittelt.

Der Handelsdelegierte der Vereinigten Staaten von Amerika für Sowjetrußland traf auf dem Wege nach Riga, wo er seine Tätigkeit ausüben wird, am 22. 1. in Paris ein.

Vgl. auch: Deutsches Reich, Polen, Persien.

Schweden. Am 10. 1. wurde mit sofortiger Wirkung die Einfuhr von Tabakfabrikaten verboten bis zur Neuregelung der Zölle und Verbrauchssteuern, die erhöht werden sollen.

Vgl. auch: Rußland, Spanien.

Schweiz. Der Bundesrat faßte den grundsätzlichen Beschluß, dem Fürstentum Liechtenstein einen Zollanschluß anzubieten („Frkf. Ztg.“).

Das Einfuhrmonopol für Petroleum, Benzin, Benzol und einschlägige Ersatzstoffe und Mischungen ist vom 1. 3. 22 an aufgehoben („Handelsmuseum“).

Vgl. auch Spanien.

Spanien. In Madrid sind nach einer französischen Meldung vom 10. 1. die Verhandlungen über einen neuen französisch-spanischen Handelsvertrag eröffnet worden. Den am 11. 12. 21 entbrannten Zollkrieg zwischen den beiden Staaten hofft man bald beizulegen.

Offenbar in dem Bestreben, sich für eine allgemeine Neuregelung seiner handelspolitischen Beziehungen nach dem Inkrafttreten des neuen Zolltarifs freie Bahn zu schaffen, hat Spanien die vorläufigen Handels- und Zollabkommen mit Dänemark, Schweden und der Schweiz gekündigt.

Mit Belgien wurde durch Notenwechsel vom 21. 12. 21 eine allmonatlich kündbare Übereinkunft getroffen, wonach mit dem Inkrafttreten des neuen spanischen Zolltarifs auf belgische Waren die Sätze der Kolonne 2 dieses Tarifs Anwendung fin-

den sollen; Belgien wird hingegen die spanische Einfuhr nach den Mindestzollsätzen behandeln.

Auch mit den Niederlanden ist nach einer amtlichen Bekanntmachung vom 12. 1. eine ähnliche Abmachung getroffen.

Tschecho-Slowakei vgl. Deutsches Reich, Österreich.

Türkei vgl. Persien.

Ungarn vgl. Österreich.

Asien

Armenien vgl. Persien.

Aserbeidschan vgl. Persien.

China. Nach einer Übereinkunft mit Japan soll Tsingtau und das Kiautschougebiet dem Handel aller Nationen unter gleichen Bedingungen offen stehen. Kiautschou wird der chinesischen Verwaltung unterstellt.

Die chinesische Regierung hat zugestimmt, daß die deutschen Handelsmarken unter ihrer früheren Registernummer wieder eingetragen werden, so daß sie ihre Wirkungskraft vom Tage der ursprünglichen Eintragung an wieder erlangen.

Die Regierung von Kanton legte mit Wirkung vom 1. 10. 21 an eine 20 v. H. betragende Wertsteuer auf Alkohol und Tabak. Gegen die Besteuerung der fremden Einfuhr, die von der Steuer ebenfalls erfaßt wird, hat der britische Generalkonsul in Kanton auf Veranlassung des diplomatischen Korps in Peking Verwahrung eingelegt.

Daghestan vgl. Persien.

Georgien vgl. Persien.

Japan vgl. China.

Persien. In Tiflis soll Ende Januar eine Wirtschaftskonferenz zwischen Vertretern von Persien und Sowjetrußland stattfinden, an der auch Vertreter der neuen Krimrepublik, von Georgien, Armenien, Aserbeidschan, Daghestan sowie der Regierung von Angora teilnehmen werden.

Amerika

Brasilien. Der Zoll auf ausländische Weine ist um 50 v. H. erhöht worden.

Der mit Belgien geschlossene Vertrag vom November 1920, der den belgischen Waren eine Zollermäßigung von 20 v. H. zusichert, ist durch Brasilien Anfang Januar erneuert worden.

Kanada. Wie die „Ind.- u. H.-Ztg.“ erfährt, hat die kanadische Regierung die Bestimmungen über die Markierung von Einfuhrwaren (Ursprungsland) durch eine Verordnung außer Kraft gesetzt.

Mexiko. Der Hafen von Tampico ist im Dezember 1921 für alle Arten von Einfuhr- und Ausfuhrsgütern wieder geöffnet, nachdem er fast sieben Jahre lang dem fremden Handel verschlossen war.

Vereinigte Staaten. Um den amerikanischen Handel konkurrenzfähiger zu machen, hat das Schiffsamt am 31. 12. 21 die Frachtsätze nach und von westafrikanischen Häfen um 33—50 % ermäßigt.

Handelssekretär Hoover teilte der New Yorker Kaufmannsvereinigung mit, daß die Frage eines Handelsvertrags mit Deutschland vertagt sei, weil der Friedensvertrag die Interessen der amerikanischen Geschäftswelt genügend schütze.

Vgl. auch: Rußland.

Australien

Die australische Bundesregierung soll lt. „Ind.- u. Hand.-Ztg.“ eine Proklamation erlassen haben, wonach das Einfuhrverbot für Waren deutscher Herkunft am 1. 8. 22 aufgehoben wird.

Weltmarktpreise

Ware	Börse	Handelsübliche Form	Ende 1913 Notierung	Preis in Frk.-Par.	23. 1.	24. 1.	25. 1.	26. 1.	27. 1.	28. 1.	30. 1.	31. 1.
Kolonialwaren												
Kaffee	Hamburg	Santos..... M je 1/2 kg	0,20	je kg	20,50 21,50	20,50 21,50		31-32	31-32			
	New York	Rio Nr. 7..... loko cts je lb	9,-	0,80	9,01	8,93	8,93	8,93	8,93	8,93	0,83	8,93
Tee	London	Ceylon, Souch..... s je lb	— 81 2	1,51	2 21/2 2 21/2	—	—	—	—	—	—	—
Kakao	Hamburg	Accra..... s je cwt	— 63,-	—	43	—	43 6	—	43 6	—	—	—
Zucker	New York	ab Freihafen..... M je kg	0,39	—	11,20	11,40	11,50 12,50	—	11,40-12,50	—	12,-	11,80 12,50
Reis	Hamburg	Centrifugals..... cts je lb	3,12	0,28	3,79	3,79	3,79	3,79	3,79	3,79	3,7	3,07
	London	Burina loko..... M je kg	0,25	—	12,75	—	12,50	—	12,50	—	13,-	12,5
		Rangoon Nr. 2..... s je cwt	7-7 1/2	0,15	14 6	14 6	—	14 —	—	—	—	—
Getreide												
Weizen	Hamburg	M je 50 kg loko	etwa 20,50	je 100 kg	402-406	414-417	415-411	412-422	416-421	414-417	415-418	414 418
	Buenos Aires	fob \$ je 100 kg	8,10	32,81	11,15	—	—	11,25	—	11,70	—	—
	New York	Hardwinter..... cts je bush.	100 1/2	15	121,75	127,50	127,25	126,75	128,25	130,50	130,50	130,25
	Chicago	Juli cts je bush.	86 1/2	10,9	102	101,75	102,-	102,12	102,87	103,12	100,25	101,-
Mais	Hamburg	La Plata..... M je 100 kg	ca. 7,50	—	308	—	318	320-323	358	355	—	—
	New York	cts je bush loko	—	—	64,25	64,50	64,75	64,25	64,25	65	63	61,75
	Chicago	Juli cts je bush	68 1/2	10,9	55,37	55,50	55,37	55,12	55,25	55,12	56,12	55,75
	Buenos Aires	fob \$ je 100 kg	5,15	20,85	7,55	—	—	7,50	—	7,55	—	—
Hafer	Berlin	Märkischer..... M je 50 kg	16,20	—	302-305	306-310	310-320	307-304	304 307	302-305	303-308	304 308
	Chicago	Mai cts je bush	35 3/4	10,64	39,25	39,12	39,-	38,75	39,12	39,50	39,37	39,-
	Buenos Aires	fob \$ je 47 kg	5,53	47,82	8,20	—	—	8,30	—	8,45	—	—
Roggen	Berlin	loko je 50 kg	8,25	—	320-321	326-328	332-336	327-324	315	319-316	—	316 318
	Chicago	Juli cts je bush	40	11,1	80	80	79	78,50	78,50	81	80,50	70
Gerste	Hamburg	Sommer-Gerste..... M je 50 kg	8,50	—	370-375	373-377	—	375-385	—	370-380	370 375	370 385
		Marokko, Tunis..... M je 50 kg	—	—	370-375	—	—	350-355	332-335	352-363	355-360	360-380
Oele, Oelfrüchte												
Baumöl	New York	loko cts	—	je 1000 kg	9,02	8,70	9,02	9,-	9,-	9,10	9,-	9,15
Palmkernöl	Hamburg	M je kg netto	—	—	32	32,50	32	33	33	33	33,50	33
Kokosöl	London	Ceylon cif..... £ je ton	32,26	614,6	35	35	35	34,50	34,50	36	36	35
Kopra	Hamburg	M je kg	—	—	28	28,50	29	29,75	29,75	30	30,50	31,-
Leinöl	Hull	£ je ton	25	501,75	29	29 1/4	29 1/4	30 1/4	30 1/4	30 1/4	31	32
Raps	Berlin	M je 50 kg	—	—	700-730	700-730	700-730	700-730	700-730	700-740	700-740	700-740
Fleisch, Fette												
Speck	Chicago	niedr. u. höchst..... cts je lb	—	je 100 kg	8,75 9,50	8,61 2-9,50	8,37 2-9,25	8,50-9,37	8,50-9,50	8,60 2-9,51 2	8,87 1/2-9,75	9-10
Schweinef.	Hamburg	Jan. je lb	20,20	188,4	17,20	17,20	17,20	17,20	17,20	17,20	17,20	18,10
Schmalz	Hamburg	steam lard..... s je 100 kg	—	—	25 1/4	26 1/4	26 1/4	26 1/4	26 1/4	26 1/4	27	27 1/2
	New York	v. zollt..... M je kg	—	—	55	55	55	53	53	58	60	60
	Chicago	Jan cts je lb	—	—	10,75	10,75	10,65	10,52	10,60	10,60	10,92	11,02 1/2
Talg	Hamburg	cts je lb	10,67	99,5	9,75	9,75	9,65	9,52 1/2	9,60	9,87 1/2	9,92	10,02 1/2
	New York	M je kg	—	—	33	34	35	34	34	34	35	35
Butter	Berlin	loko cts je lb	6,88	64,2	6,25	6,25	6,25	6,25	6,25	6,25	6,25	6,25
		beste je 1/2 kg	1,28	—	45	—	47	47	47	47	47	47,-
Faserstoffe												
Baumwolle	Bremen	loko auf Schluß..... M je kg	1,29	je kg	88,20-89,10	87,-	87-84,30	84,40-82,30	81,70-79,75	79-80	82-82,60	82,40
	New York	Middl..... cts je lb	12,60	1,12	17,75	17,75	17,35	16,70	16,75	16,95	16,95	16,70
	New Orleans	loko cts je lb	—	—	16,50	16,50	16,25	15,50	15,25	15,50	15,-	16,70
	Liverpool	amerik. good Middl..... d je lb	6,65	1,18	10,12	9,88	9,94	9,81	9,83	9,63	—	10,70
	Ägypt	 d je lb	9,63	1,71	17,45	16,80	16,20	14,70	15,35	—	—	9,11
Wolle	Bremen	Cap..... M je kg	4,10	—	—	—	—	—	—	—	—	13,60
	London	Austral Merino..... s je lb	2 11/2	4,72	—	—	—	—	—	—	—	—
Jute	London	First marks..... £ je ton	35,10	712,48	25,5	24,15	—	—	—	24	—	—
Seide	Deutschland	Roh Org. 20/22 M je kg Richtpr.	42	(1000 kg)	—	—	—	—	—	—	—	—
Hanf	London	Manila..... £ je ton	26,15	536,87	—	51	—	—	—	5900	—	—
Kautschuk, Terpentin												
Kautschuk	London	Crepe..... s je lb	3 11/2	6,98	— 97 1/8	— 91 1/4	— 90	— 9	— 9	— 9	— 9	— 9
	Hamburg	Sneets..... s je lb	2 3	5,1	— 97 1/8	— 91 1/4	— 90 1/8	— 9 1/8	— 9	— 9	— 9	— 9
Terpentin	New York	cts je winch gall.	45,75	0,40 (I)	93,79	92	93	93	93	95	94	95,-
	Savannah		—	—	85	85,50	86	86,50	86,50	87,87	87,75	87,75
Schellack	Hamburg	Orange..... M je kg	84-85	1,69	300	325-330	—	—	—	310	235	—
	London	s je cwt	—	—	—	—	—	—	—	320-325	—	—
Mineralische Erzeugnisse, Metalle												
Salpeter	London	f b Chile..... s je quintal	10,9	je 1000 kg	2,38	—	—	—	—	—	—	—
Petroleum	New York	loko cts je Gallone	—	—	17,50	17,50	17,50	17,50	17,50	17,50	17,50	17,50
		Tanks.....	—	—	7,-	7,-	7,-	7,-	7,-	7,-	7,-	7,-
		stand white.....	—	—	14	13,60	13,-	13,-	13,-	13,-	13,-	13,-
		Cred balances.....	—	—	3 25	3,25	3,25	3,25	3,25	3,25	3,25	3,25
Kupfer	Hamburg	M je 100 kg	130	—	58,25	63,70	62-60	50-61	60-61	64 1/2	61 1/2	63 1/2
	London	Stand. Kasse..... £ je ton	63 1/8	1396,9	65 1/8	64 1/8	65	64 1/8	64 1/8	60-61	60-61	63 1/2
	New York	Elektro..... cts je lb	15	1320	13,87	—	13,87	13,87	13,87	13,87	13,87	13,75
Blei	Hamburg	M je 100 kg	34-35	—	2200-2300	2100-2200	2015-2000	2025-2075	2000	2000	2000-2050	22-21 1/2
	London	Kasse..... £ je ton	18 1/4	366,20	23	23 1/8	23-23 1/8	23	23	23	23	22-21 1/2
	New York	loko cts je lb	4,15	385,20	4,75	4,75	4,75	4,75	4,75	4,75	4,75	4,75
Zink	Hamburg	Roh..... M je 100 kg	46,-	—	2187	2250-2300	2200-2121	2225	2225	2175-2250	2175-2250	2175-2250
	London	£ je ton	21 1/2	431,5	20-20 1/2	4,72 1/2	4,72 1/2	4,65	4,65	4,65	4,65	4,65
	New York	loko cts je lb	5,32	—	13775	14400-14300	14000-13600	13020-13100	13300-13700	13700	13700	13700
Zinn	Hamburg	Banca S rais..... M je 100 kg	427,40	—	158 1/8	158 1/8	158 1/8	158 1/8	158 1/8	158 1/8	158 1/8	158 1/8
	London	Straits Kasse..... £ je ton	169 1/2	3901,8	31,87	31,87	30,87	31,12	31,25	31,20	31,50	31,50
	New York	loko cts je lb	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Nickel	Berlin/Hamburg	98/99 loko..... M je 100 kg	320-330	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	Berlin	90 fen..... M je kg	81,55	— je g	3825-3850	3850-3900	3800-3825	3725-3750	3725-3750	3725-3750	3725-3750	3725-3750
Silber	London	d je oz..... M je kg	20 1/10	0,069	34 1/8	35	35	35	35	35 1/8	35 1/8	35 1/8
	New York	ausl. disch..... M je kg	57 1/2	—	61,87	65,50	65,37	65,12	65,12	65,50	66,87	66,87
	Berlin/Hamburg	M je kg	83	—	99,62	99,62	99,62	99,62	99,62	99,62	99,62	99,62
Gold	London	s je oz..... M je kg	2790	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	Berlin/Hamburg	M je g.....	ca. 84/10	2,791	97,9	97,7	97,6	97,6	97,6	97,9	97,9	97,9
Platin	Berlin/Hamburg	M je g.....	—	—	520-550	—	530-560	535-575	560-580	—	—	—

Verantwortlich für: Ausländische Volkswirtschaften und allgemeine Redaktionsangelegenheiten: Hauptschriftleiter Dr. Paul Heile; Deutsche und österreichisch-ungarische Volkswirtschaft: Hauptschriftleiter Dr. Kurt Singer; Anzeigenteil: Horst Weymann, Direktor des „Wirtschaftsdienst“, G. m. b. H.; sämtlich in Hamburg 36, Rothenbaumchaussee 5. — Druck von H. O. Perschke, Hamburg 8.